Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.02, wo keine Post am Orte, Mk. 3.34.

Telephon Redaktion 3141.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Inseratenpreise: Berechnet für die einspaltige Colonelzeile oder deren Raum 30 Pfg. Auswärtige Inserate 40 Pfg. Doppelzeile unter Text 1 Mk. Inserate für Arbeitsmarkt 15 Pfg. Auswärtige „ 25 Pfg. Vereins- u. Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 185. Breslau, Sonnabend, den 9. August 1913. 24. Jahrgang.

Zum internationalen Metallarbeiterkongreß in Berlin.

Am 6. und 7. August fand erstmals in Deutschland und zwar in Berlin ein internationaler Metallarbeiterkongreß statt. Unter den internationalen Berufsorganisationen ist die der Metallarbeiter eine der ältesten. Die Anfänge der heutigen Metallarbeiter-Internationale gehen auf das Jahr 1891 zurück. Gelegentlich des in Brüssel tagenden Sozialistenkongresses fanden sich erstmals Metallarbeiterdelegierte aus sieben Ländern zusammen zu einer Konferenz.

Das einzige greifbare Resultat dieser ersten Zusammenkunft war, daß in den folgenden Jahren Vorbereitungen getroffen wurden zur Einberufung des ersten internationalen Metallarbeiterkongresses, der in der Zeit vom 4. bis 5. August 1893 in Zürich tagte. In Zürich waren 28 Vertreter aus acht Ländern anwesend. Die wichtigsten Beschlüsse waren: Gründung eines internationalen Informationsbureaus der Metallarbeiter, regelmäßige Berichterstattung an dasselbe, Regelung der Wanderunterstützung und der Mitgliedschaftserwerbung im Auslande. Das Informationsbureau wurde in Winterthur errichtet. Im übrigen aber blieb alles wie zuvor, kein Mensch kümmerte sich um die Durchführung der Kongreßbeschlüsse von Zürich. Die Fragen der Regelung der Wanderunterstützung und der Mitgliedschaftserwerbung im Ausland war zu der damaligen Zeit bereits in Angriff genommen und zum Teil schon geregelt. Umänderungen brachte auch der zweite internationale Metallarbeiterkongreß, der im Jahre 1896 in London tagte, nicht. Wohl wurde das internationale Informationsbureau nach Großbritannien verlegt, die davon erwarteten Anschlüsse der britischen Sektionen infolge der Verlegung blieben aber größtenteils aus. Der dritte internationale Kongreß der Metallarbeiter fand 1900 in Paris statt. Diesem Kongreß lag erstmals eine Uebersicht über die auf ihm vertretenen Organisationen vor. Vertreten waren acht Länder durch 36 Delegierte, von 31 Vereinen und Verbänden mit einer Mitgliederzahl von 239.800. Darunter waren aber Verbände, die dem internationalen Informationsbureau nicht angeschlossen waren.

Zu durchgreifenden Umgestaltungen des internationalen Organisationsverhältnisses der Metallarbeiter kam es auf dem 4. Kongreß, der vom 14. bis 15. August 1904 in Amsterdam tagte. Hier waren nach der dem Kongreß vorliegenden Uebersicht 36 Vereine mit 440.471 Mitgliedern in 11 Ländern vertreten. Durch Annahme eines vom Deutschen Metallarbeiterverband ausgearbeiteten Entwurfs kam es auf diesem Kongreß zur Gründung des internationalen Metallarbeiterbundes, in der heute noch bestehenden Form. Zweck und Aufgaben des Bundes, wie des vorgesehenen Sekretariats wurden statutarisch festgelegt. Auch das Bundessekretariat erfuhr eine Aenderung durch Verlegung an den Sitz des Deutschen Metallarbeiterverbandes nach Stuttgart. Nach der Sitzverlegung erschien ein Jahr später erstmals das heute noch bestehende in drei Sprachen gedruckte Bundesorgan, die „Internationale Metallarbeiter-Rundschau“.

Wie schon auf den vorausgegangenen Kongressen, so stand auch auf dem 5. Kongreß in Brüssel und dem 6. Kongreß in Birmingham die Schaffung eines Gegenseitigkeitsverhältnisses zwischen allen dem Bunde angeschlossenen Organisationen im Vordergrund der Beratungen. Durch das Verhalten der britischen Delegierten wurde auf dem Brüsseler Kongreß der Bundesbeitrag von 20 Mark pro 1000 Mitglieder auf 15 Mark herabgesetzt. Auch bezüglich der Schaffung eines Gegenseitigkeitsverhältnisses kam es bis heute trotz der sonstigen großartigen Entwickelung der angeschlossenen Verbände zu keiner alle Verbände umfassenden Regelung, wie aus dem Bericht des Sekretärs am 7. internationalen Kongreß in Berlin ersichtlich ist.

Wenn es nach dem Vorausgegangenen auch den Anschein hat, als ob an sich das Bestreben zu einem engeren internationalen Zusammenschluß der Metallarbeiter seit 1904 keinerlei Früchte getragen hätte, so darf doch nicht vergessen werden, daß, abgesehen von dem Verhältnis zu den britischen und amerikanischen Organisationen der Zusammenschluß und die gegenseitige Verständigung und Fühlungnahme der kontinentalen Vereine immer besser und erfolgreicher sich gestaltet hat. Dies zeigt schon, daß von 1904 bis heute acht angeschlossene Organisationen aus verschiedenen Anlässen von den übrigen Bundesorganisationen mit rund 66.000 Mark unterstützt worden sind. Zu diesen kleineren Unterstützungsaktionen kommt dann noch die Unterstützungsaktion des Metallarbeiterbundes anläßlich des schwedischen Generalstreiks. Zunächst wurde damals von den Bundesvereinen dem schwedischen Metallarbeiter-Verband ein Gesamtdarlehen zur Verfügung gestellt, von dem der unternehmerseits angegriffene Verband 540.000 Mark in Anspruch nehmen mußte. Das Ergebnis der Gesamtsammlung der Bundesvereine war, daß den schwedischen Metallarbeitern in ihrem harten Kampfe rund 896.000 Mk. an Unterstützung zugeführt werden konnte. Die stattliche Summe von rund 962.000 Mark an aufgebrachten Unterstützungen legt Zeugnis ab, von der so praktisch geübten Solidarität der Metallarbeiter aller Länder.

Auch sonst hat sich der Metallarbeiterbund seit seiner Gründung kräftig entwickelt. Im Jahre 1904 gehörten 36 Vereine mit 440.471 Mitgliedern dem Bunde an, heute sind es 50 Vereine mit rund 1.106.000 Mitgliedern in 20 Ländern. Nach einer vom Bundessekretariat durchgeführten Erhebung, an der sich für 1910 24, 1911 25 und 1912 28 Vereine beteiligt haben, wurden folgende Mitgliederzahlen festgestellt:

Länder	1910	1911	1912
Oesterreich	59 024	61 371	71 575
Belgien	14 249	22 614	29 656
Dänemark	11 400	11 800	13 372
Frankreich	22 389	26 577	26 765
Deutschland	503 390	559 300	592 564
England	161 458	180 952	221 738
Ungarn	16 071	17 481	26 723
[illegible]	—	—	10 000
Niederlande	2 590	3 218	4 143
Norwegen	9 326	10 914	11 997
Rumänien	—	—	2 991
Schweden	26 717	25 663	27 338
Schweiz	13 607	14 171	30 850
Zusammen	840 266	937 061	1 069 712

Die Gesamteinnahmen, Ausgaben für Unterstützungszwecke und die Gesamtausgaben wie die Vermögensbestände betragen:

	1910 Mark	1911 Mark	1912 Mark
Gesamteinnahmen	30 032 120	33 514 961	38 088 041
Unterstützungsausgaben	20 641 729	21 0[illegible]6 104	20 147 935
Gesamtausgaben	27 128 278	28 493 307	28 597 514
Vermögen am Jahresschlusse:			
a) der Hauptkasse	23 477 760	28 783 966	37 622 825
b) der Lokalkassen	4 676 638	5 208 973	6 443 2[illegible]9
Vermögen zusammen	28 154 398	33 912 939	44 066 064

Mit Recht sagt dazu der Bericht des Sekretärs: Diese Zahlen reden eine eindringliche Sprache, sowohl über die finanzielle Leistungsfähigkeit der im Bunde zusammengeschlossenen Metallarbeiterorganisationen und nicht zuletzt über die praktisch geübte Solidarität in der Gesamtheit wie jedem einzelnen Mitglied gegenüber. Die Metallarbeiter der europäischen Industrieländer haben aber auch alle Ursache, mit voller Befriedigung auf solche Resultate ihrer Tätigkeit zurückzublicken. Man beachte nur die Zahlen für 1912: Rund eine Million Mitglieder, 38 Millionen Mark reiner Einnahmen, 20 Millionen Mark Unterstützungsaufwendungen, eine Million für Bildungszwecke und ein Gesamtvermögen von 44 Millionen Mark. Und das Erhebende an allem: In diesen Zahlen spiegelt sich die ureigenste Arbeit der Männer aus dem Volke, der Männer im Arbeitsrock, wider.

Der Friede von Bukarest.

Der Friede von Bukarest wird, das stellt sich immer mehr heraus, kein endgiltiger sein, da Bulgarien seine Vorläufigkeit recht nachdrücklich betont. Wie verlautet, sind über den bulgarischen Vorbehalt folgende Vereinbarungen getroffen worden: In einer Sitzung der Konferenz wird Majorescu eine Note Oesterreich-Ungarns und Rußlands verlesen, in der beide Länder sich die Revision des Friedensprotokolls vorbehalten. Hierauf wird der bulgarische Delegierte Tontschew mitteilen, daß Bulgarien unter dem Zwange der Verhältnisse das Friedensprotokoll unterzeichne, aber hoffe, daß die Mächte in der Revision seinen berechtigten Wünschen Rechnung tragen werden. Gleichzeitig werden alle auf der Friedenskonferenz vertretenen Staaten erklären, daß sie die Zurückdrängung der Türkei auf die von der Londoner Konferenz festgelegte Grenze Enos-Midia wünschten. Diese Erklärungen sowie die Vorbehaltserklärung werden in einem Anhang zum Friedensprotokoll niedergelegt werden.

Die im Friedensprotokoll festgesetzte Grenze zwischen Bulgarien und Griechenland beginnt im westlichen Belachitzagebirge zwischen Strumitza und Doiran und verläuft dessen Kamm entlang nach Jürücklari bis zum Dorfe Topolnitza, geht über den Strumafluß nach Hotschatschiflik, Tsengane und Kalest zur Kuppe 1810 und dem Dorfe Lowtscha, von dort südwärts zu den Kuppen 660 und 1150, weiter zum Dorfe Peritza, nordöstlich zum Gipfel des Karekowa, von dort südlich bis Tschardisaka, nördlich nach Avlikadak, südlich zum Gipfel des Kafindschal zu den Kuppen 1587 und 985, nach Karewo und zu den Kuppen 1177 und 1345, südlich zum Gipfel Tschigla, weiter über das Rujeplateau zur Eisenbahnstation Oktschilar und die Mesta entlang bis ans Meer. Die serbisch-bulgarische Grenze beginnt an der Westecke des Belachitzagebirges, geht im Bogen zwischen Strumitza und Radewischta auf die Wasserscheide zwischen Struma und Wardar bis zur heutigen Südgrenze Bulgariens.

Die Botschafter der sechs Großmächte besuchten am Donnerstag mittag einzeln den Großwesir und überreichten die Verbalnote bezüglich der Frage Adrianopels, in der die Türkei aufgefordert wird, den Vertrag von London zu respektiern.

Bulgarische Grausamkeiten.

Aus Adrianopel meldet der „Osmanische Lloyd“: Die Bulgaren haben 3000 türkische Gefangene bei Eski-Sagra auf einem mit Draht eingezäunten Terrain fusiliert.

Die serbischen Gewerkschaftler im Kriege.

Der serbische Genosse Pawlowitsch schreibt aus Belgrad:

Die Ereignisse der letzten Tage haben fürs erste auch die letzten Reste unserer Organisationen über den Haufen geworfen. Sogar die bisher als „dienstunfähig“ geltenden Männer zwischen 21 und 40 Jahren sind in die Kasernen gesteckt worden. Nur Greise, Frauen und Kinder sind zu Hause geblieben, inmitten unbeschreiblichen Jammers und Elends. Jede Stunde erwarte auch ich die Einrückungsordre und habe deshalb einem Genossen unsere Geschäfte übertragen, dessen halbe Beine ihn zunächst vor weiteren Ansprüchen des Militarismus schützen sollten. Von den tätigen Genossen wird dann nur noch Laptschewitz, das sozialistische Parlamentsmitglied, zurückbleiben, die Sache der Arbeiter in der Oeffentlichkeit weiter zu vertreten. Es mag interessieren, daß alle leitenden Genossen beim Eintritt in die Armee sofort zu Offizieren ernannt wurden.

Leider werden wir, wie immer auch dieser unheilvolle Krieg enden möge, damit rechnen müssen, manchen der Genossen nicht wiederzusehen. Vor einigen Tagen kam der Vorsitzende des Lederarbeiter-Verbandes, der auch der Geschäftsführer unserer „Arbeiterzeitung“ ist, als Schwerverwundeter mit einem Transport vom Kriegsschauplatz zurück. Am nächsten Tage erfuhren wir, daß der Vorsitzende des Buchdrucker-Verbandes in der Nacht gefallen ist. Gestern wurde bekannt, daß der Sekretär unseres Gewerkschaftskartells in bulgarische Gefangenschaft geriet und heute befindet sich unter den Hiobsposten auch die Nachricht von dem Tode des Redakteurs unserer Parteizeitung. So hält der Tod eine schreckliche Ernte in unseren Kreisen, während viele von jenen, die er verschont, zeitlebens Krüppel bleiben werden. . . .

Und dennoch, sobald wieder Ruhe eintritt, werden unsere zerstreuten Reste sich wieder sammeln und für einen raschen Wiederaufbau der Arbeiterbewegung sorgen, die allein eines Tages auch in diesem Winkel den Völkern dauernden Frieden bringen wird.

Politische Uebersicht.

Das Bündnis der Krautjunker mit den Schlotbaronen und Zünftlern.

Seitdem bei den Zolltarifverhandlungen im Jahre 1902 die Krautjunker sich mit den Magnaten der Großindustrie in einem engen Pakt zur gemeinsamen Bewucherung des deutschen Volkes zusammengefunden hatten, ist das Verhältnis beider Teile zueinander immer ein sehr inniges gewesen. Man reichte sich die Hände, wenn es galt, für neue Militärforderungen Stimmung zu machen, man führte den Abwehrkampf gegen jede Demokratisierung des preußischen Landtagswahlrechts gemeinschaftlich und man hielt darauf, daß auch bei der Hetze gegen das Koalitionsrecht eine einheitliche Schlachtlinie beobachtet wurde. Natürlich unterstützte man sich auch bei den Wahlen; der industrielle Wahlfonds der rheinischen Schwerindustriellen half nicht allein den nationalliberalen Scharfmacherkommis über den chronischen Dalles ihrer Parteikasse hinweg. Die Schlotbarone hatten nicht weniger als ihre Freunde vom geflickten Strohdach alle Ursache, die Kräfte anzustrengen, um einen Reichstag nach ihren Wünschen zusammenzubringen. Denn 1917 läuft die Geltungsdauer des Wucherzolltarifs von 1902 ab und es entsteht die Frage, was an seine Stelle gesetzt werden soll. Von der Fortdauer der Wucherzölle hängt nicht nur die politische Macht des Junkertums, sondern auch der Bestand der großen Industriekartelle ab, Grund genug also, mit den Schmiergeldern nicht zu sparen.

Die Reichstagswahlen hatten nicht das Resultat, das sich die Scharfmacherkumpanei wünschte, immerhin blieb aber die alte Zollwuchermehrheit ungestürzt. Und diese Situation gilt es auszunützen. Vor kurzem erfuhr die Oeffentlichkeit durch die Schwatzseligkeit des konservativen Abgeordneten Gräf, daß zwischen dem Zentralverband deutscher Industrieller, dem Bund der Landwirte und dem von den Leuten um Heydebrand aus der Taufe gehobenen Reichsdeutschen Mittelstandsverband ganz im stillen eine sogenannte Arbeitsgemeinschaft geschlossen worden ist. Dieses anmutige Produkt soll die Grundlage bilden für die künftige Politik dieser drei Organisationen; auf die „Arbeitsgemeinschaft“ wird man sich vor allem auch stützen bei der Vorbereitung der Agitation für den „lückenlosen Zolltarif“ der Landbündler und bei der Hatz für eine neue Zuchthausvorlage. Die Agitatoren des Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes sind im Lande draußen bereits eifrig am Werke, in kleinen Konventikeln und öffentlichen Tagungen die Handwerker und Kleinkaufleute mit den „Segnungen“ vertraut zu machen, die sie aus dieser Konsequenz von schwerindustriellen und junkerlichen Interessen zu erwarten haben. Auch die Mahnrufe der „Deutschen Tageszeitung“ an das Bürgertum, „eine geschlossene Schlachtreihe für die Erneuerung des Zollkriegs und der Handelsverträge zu bilden“, gewinnen unter dem

[illegible] dieser „Arbeitsgemeinschaft" eine besondere Bedeutung.

Die Volksmassen erfahren daraus, daß die junkerlichen und großindustriellen Schnapphähne im Bunde mit ihren zünftlerischen Hilfstruppen bereits drauf und dran sind, den Kampf um die Beute der kommenden Zolltarifverhandlungen zu organisieren und die Vorbereitungen zu treffen, um von neuem blutige Riemen aus ihren Rücken zu schneiden. Sie mögen sich diese Minierarbeit im stillen zur Warnung und Mahnung dienen lassen!

Der Marine-Etat für 1914.

Nach einer Meldung der „Täglichen Rundschau" enthält der neue Marine-Etat, der jetzt dem Reichsschatzamt unterbreitet worden ist, die Forderung nach zwei Großkampfschiffen. Das dicke Ende scheint aber noch nachzukommen, denn das Blatt bemerkt hierzu:

„Die von vielen Seiten aufgestellte Forderung, sofort zum Dreischiffsbautempo überzugehen, hat keine Berücksichtigung gefunden. Allerdings läßt sich im gegenwärtigen Augenblick noch nicht vorausbestimmen, welche Entschließungen in einem späteren Zeitpunkt sich als notwendig herausstellen würden. England baut drei Schiffe mehr, die ursprünglich Kanada bauen sollte, nun selbst, und damit ist zweifellos eine erhebliche Machtverschiebung zu unseren Ungunsten in der Nordsee bevorstehend. Welche Maßnahmen deutscherseits die außerordentlich große englische Mehrrüstung im Gefolge haben wird, steht vorläufig noch dahin."

Auch diese Nachricht bestätigt, trotz aller offiziösen Dementis, die frühere Meldung, daß dem Reichstage neue, ganz erhebliche Marineforderungen unterbreitet werden.

Preußen enteignet!

In den Reichstagsdebatten über das preußische Enteignungsgesetz ist von polnischer Seite angekündigt worden, daß die enteigneten Polen **nicht gutwillig** Haus und Hof verlassen, sondern es auf die Anwendung körperlicher Gewalt ankommen lassen würden. Ein Fall, in dem diese Ankündigung zur Wahrheit wird, scheint jetzt unmittelbar bevorzustehen. Aus Posen wird nämlich gemeldet:

Die Ansiedelungskommission hatte den früheren Besitzer eines enteigneten Gutes, v. Zablocki, aufgefordert, das Gutshaus spätestens bis zum 16 Juli zu räumen. Dieser will jedoch **nur der Gewalt weichen. Die Ansiedlungskommission beantragte daher seine Exmission.** Herr v. Zablocki hingegen klagt wegen zu geringer Einschätzung des Gutes.

Da gleichzeitig auch die Vorbereitung neuer Enteignungen gemeldet wird, wird man nächstens vielleicht in den preußischen Ostprovinzen eine neue Gendarmerie anstellen müssen, um stets genügend kräftige Fäuste zur Verfügung zu haben, die bereit sind, polnische Gutsbesitzer aus ihrem bisherigen Eigentum an den Haaren herauszuziehen oder sie mit Fußtritten über die Schwelle ihres Hauses hinauszujagen.

Und dieses junkerliche Polizeipreußen, das in hohnvoller Weise die Rechte des bürgerlichen Eigentums mißachtet, dieses Polizeipreußen, das die antisozialistischen Schreckensbilder der Vertreibung der Bauern von Haus und Hof zur Wahrheit macht, vermißt sich, die „eigentumsfeindliche" Sozialdemokratie zu bekämpfen.

Das derbere moralische Fell.

In der Sucht, die Firma Krupp zu verteidigen, läßt sich die **Korruptionspresse** manch nettes Geständnis entschlüpfen. Die „Post" konstatierte, daß **eine Maschine geschmiert werden muß**, wenn sie laufen soll. Und noch hübscher läßt sich die ganz besonders „nationale" „Deutsche Zeitung" aus, die darlegt:

„Korruption? Unsinn! Was Krupp hier tat, wird tausendmal an jedem Tage im scharfen Konkurrenzkampf getan, und der Amerikaner, der darum vor den Sittenrichter sollte, würde verwundert aufschauen. Così fan tutti, man bekommt eben im Geschäftsleben ein etwas derberes moralisches Fell, und das einzige, was hier bedauert werden muß, ist, daß solche Gebräuche nicht auf Amerika beschränkt geblieben sind. Wir haben ja Gott sei Dank schon einen Verein gegen das Schmiergelderunwesen und wollen hoffen, daß es ihm gelingt, unsere geschäftliche Ethik wieder auf höhere Stufe zu heben. Vorläufig sind wir leider noch nicht so weit. Krupp stand im schärfsten Konkurrenzkampf, und es wäre nicht billig, wollte man von ihm, weil er gewissermaßen die deutsche Großindustrie in ihrer Reinkultur darstellt, verlangen, daß er sich eines Mittels begebe, das seine geschäftlichen Gegner genau so gebrauchen wie er."

Die Korruptionspresse hat in der Tat jede ruhige Ueberlegung verloren. Zuerst versichert sie, die Firma Krupp sei als blütenweiße Unschuld aus dem Prozeß hervorgegangen und ein paar Stunden später verteidigt dieselbe Presse die Verfehlungen der Firma Krupp! Das ist die Moral mit **dreifachem Boden!**

Der Schmerz von Zauche-Belzig.

Die freikonservative Presse kann es noch immer nicht verschmerzen, daß das Mandat für Jüterbog-Luckenwalde der Sozialdemokratie zugefallen sei. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" stellt glatt die Behauptung auf, daß von der Parteileitung in Groß-Berlin 500 Genossen in den Wahlkreis abkommandiert wurden, um dem Genossen Ewald zum Siege zu verhelfen. Dem genannten Blatt ist es zweifelhaft, ob diese Genossen polizeilich gemeldet waren, trotzdem seien sie in die Wählerliste aufgenommen worden. — Das ist natürlich haarsträubender Blödsinn. Es mag stimmen, daß am Wahltag 500 Berliner Genossen in dem Wahlkreis tätig gewesen sind, selbstverständlich waren sie aber nicht in die Wählerliste eingetragen und durften deshalb auch nicht wählen. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" behauptet, daß dem Wahlbetrug Tür und Tor geöffnet würde, wenn ein Wähler gleichzeitig in einer beliebigen Anzahl von Wählerlisten eingetragen werden kann oder muß, weil er eine entsprechende Anzahl von Wohnsitzen hat. Es bestehe gar keine wirksame Aufsicht darüber, wo er sein Wahlrecht ausübe.

Das Organ der Schlotbarone zeigt hier, daß es unser Reichstagswahlgesetz nicht kennt. Der durchgefallene Kandidat v. Oertzen hat einen Wohnsitz in Mecklenburg und einen solchen in Berlin. Wird eine allgemeine Reichstagswahl ausgeschrieben, dann steht sein Name sowohl in Mecklenburg als auch in Berlin in der Wählerliste und es ist ihm überlassen, wo er seine Stimme abgeben will. Arbeiter, die z. B. auf dem Lande wohnen und in der Stadt arbeiten, müssen nach einer Entscheidung der Wahlprüfungskommission sowohl an ihrem Wohn- als auch an ihrem Arbeitsort in die Wählerliste eingetragen werden. Zur Wahl berechtigt sind sie dagegen nur an einem Orte und sobald nachgewiesen werden sollte, daß sie an zwei Orten gewählt haben, dann verfallen sie einer sehr empfindlichen Gefängnisstrafe. Die Patienten der Heilstätte in Beelitz mußten ganz selbstverständlich in die dortige Wählerliste aufgenommen werden und weil das nicht geschehen ist, deshalb wurde — wir wiederholen das — die Wahl Oertzens für ungiltig erklärt. Daß der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" die Art, wie der Bülowblock die Wahlprüfungen erledigte, besser konvenierte, mag richtig sein, aber mit Gerechtigkeit hatte die damalige Wahlprüfung wirklich nichts zu tun.

Abkommen mit Oesterreich über die Arbeiterversicherung. Der „Berliner Lokalanzeiger" meldet: „Im Reichsamt des Innern haben zwischen Vertretern der deutschen Reichsregierung und der österreichischen Regierung eingehende Beratungen stattgefunden über die gegenseitige Anwendung der Arbeiterversicherung. Oesterreich wünscht ein Abkommen zu treffen, das die Gegenseitigkeit auf weitere als die bisher zugestandenen Zweige der Arbeiterversicherung und über den reinen Grenzverkehr ausdehnt. Ein ähnliches Abkommen ist bereits bekanntlich im vorigen Jahre zwischen dem Deutschen Reich und Italien zustandegekommen. Oesterreich hat im Jahre 1909 ein Gesetz erlassen über die Ermächtigung zum Abschluß internationaler Abkommen auf dem Gebiete der Arbeiterunfallversicherung. Danach ist die österreichische Regierung ermächtigt, mit den Regierungen solcher Staaten, in denen der österreichischen Unfallversicherungsgesetzgebung entsprechende Fürsorgeeinrichtungen bestehen, Abkommen zur Regelung der Wechselbeziehungen auf diesem Gebiet zu schließen. Aufgrund der in mehrwöchigen Verhandlungen zwischen den Vertretern beider Staaten erzielten Verständigungen dürfte ein Abkommen im Laufe des nächsten Winters zustandekommen. Nach der Reichsversicherungsordnung muß die Vereinbarung dann dem Reichstag mitgeteilt werden."

Eine Herbsttagung des preußischen Landtages empfehlen die „Berl. Pol. Nachrichten" dringend, da außer der Wiedervorlegung der Steuergesetze für den nächsten Tagungsabschnitt des Landtages u. a. ein Fideikommißgesetz, ein Fischereigesetz, ein Parzellierungsgesetz, ferner Novellen zum Kommunalabgaben-, zum Landesverwaltungs- und zum Zuständigkeitsgesetze in sichere Aussicht genommen seien.

Die Dementis jagen sich! Die Dementierfüchse der Regierung haben alle Hände voll zu tun, so bestreiten sie zunächst die Richtigkeit der Meldung, daß ein fliegendes Auslandsgeschwader errichtet werden soll. Außerdem wird in Abrede gestellt, daß der Generalstabschef auf die Ernennung des neuen Kriegsministers Einfluß ausgeübt habe. — Diese Dementis sind zwar sehr prompt erschienen, nach den bisherigen Erfahrungen müssen sie aber mit einer tüchtigen Portion Vorsicht aufgenommen werden.

Die Verwaltung der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Die vom Bundesrat vollzogenen Wahlen von höheren Beamten für die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte sind bestätigt worden. Damit sind alle in dem Etat der Anstalt vorgeschlagenen Stellen für höhere Beamte besetzt. Das Direktorium besteht aus dem Präsidenten Koch, dem Geheimen Oberregierungsrat Beckmann und den Geh. Regierungsräten Lehmann, Hänel und Rothgangel. Es gehören ferner dazu vier ehrenamtliche Mitglieder, nämlich als Vertreter der Arbeitgeber der Generaldirektor Dr. Hazer (Berlin) und der Generaldirektor Dr. Haßlacher (Duisburg), sowie als Vertreter der versicherten Angestellten der Verbandssyndikus Dr. Werner (Düsseldorf) und Alfred Roth (Hamburg).

Ausland.

Die Generalratswahlen in Frankreich.

Unser Pariser Korrespondent schreibt uns vom 5. August: Die **Generalratswahlen**, die am Sonntag in Frankreich stattfanden, haben die Ueberraschung nicht gebracht, die besonders von der Reaktion erhofft wurden. Von den 1451 Mandaten, deren Dauer abgelaufen war, ist nur ein geringer Prozentsatz aus dem Besitzstand der betreffenden Parteien, die sie bisher inne hatten, in den einer anderen übergegangen. Und der kleine Wechsel, der sich aus dem Gesamtresultat ergibt, ist in erster Linie gegen die Rechtsparteien, die Konservativen, Klerikalen und Progressisten, die 85 Sitze verlieren, ausgefallen, während die Linksradikalen ihre tausend Mandate behalten haben, dem Ansturm zum Trotz, den die Reaktionären gegen sie führten. Es zeigt sich, wie wenig das französische Volk gesonnen ist, den nationalistischen Brüllpatrioten zu folgen.

Die reaktionäre und progressistische Presse versucht jetzt den Generalratswahlen jeden politischen Charakter abzustreiten: wäre das Resultat anders ausgefallen, hätten die Wähler den Anhängern der dreijährigen Dienstzeit größere Triumphe bereitet und nicht eher das Gegenteil getan, so würden dieselben Blätter von dem „Urteil Frankreichs", von der „opferfreudigen Antwort des Volkes" gesprochen haben.

Die **Sozialisten** haben, wie es vorauszusehen war, weder Niederlagen noch Erfolge zu verzeichnen: von den 44, die ausschieden, sind fast alle wiedergewählt, und, bei den 120 Stichwahlen, die noch vorgenommen werden müssen, gewinnen sie höchstwahrscheinlich einige Sitze. Zum ersten Mal sind gewählt die Genossen Delory, Goniaux, Lefebre, Verdavaine, Henges, Lafont, Rechin u. a. Besonders erwähnt verdient das Wahlresultat in Bourges zu werden, wo der Genosse Hervier, der zu den Gewerkschaftsführern gehört, die im Anschluß an die Militärrevolten verhaftet wurden, und der seither im Gefängnis sitzt, nur noch ganz wenig Stimmen gebraucht hätte, um über seinen Gegenkandidaten, den Bürgermeister von Bourges, auf den 2300 Stimmen fielen, zu siegen. Der Ministerpräsident Barthou wird die Bedeutung dieses Resultats schwerlich übersehen können.

Wie überhaupt der allgemeine Verlauf der Generalratswahlen ihm als Warnung dafür dienen wird, auf die Massen des französischen Volkes etwa reaktionäre Hoffnungen zu setzen, die sich bei den Parlamentswahlen im nächsten Jahre erfüllen könnten.

Zum Streik in Mailand bringen bürgerliche Blätter folgende offenbar tendenziöse Nachrichten:

Ministerpräsident Giolitti lehnte es ab, den Präfekten von Mailand zur Beilegung des Generalstreiks **vermitteln** zu lassen, weil der Streik die Grenzen einer wirtschaftlichen Bewegung **überschritten** hatte. Die Syndikalisten bemühen sich den Generalstreik nunmehr auf andere Städte auszudehnen, doch muß es bezweifelt werden, ob es dazu kommt. Bisher hat sich nur die Arbeiterschaft von Parma bereit erklärt, dem Generalstreik aus Solidarität beizutreten.

Eine andere Nachricht besagt: Seit drei Tagen ist Mailand **ohne elektrisches Licht, ohne Gas, ohne Trambahn und ohne Wagen und Droschken.** Die Ausständigen wollten gestern eine große Versammlung abhalten

Erweckt.

Ein Roman aus dem Proletarierleben von A. Ger.

34] (Nachdruck verboten.)

Darüber nähern sich die drei dem Forsthaus, und noch ehe sie es erreichen, kommt ihnen unter den Birken eine Frauengestalt in schnellem Laufe entgegen. Es ist die Frau Oberförster, die nach den Erwarteten Ausschau gehalten hat. Als sie mit den Ankommenden zusammentrifft, schüttelt sie dem vorausgehenden Doktor die Hand, wirft sich der Freundin an die Brust, um dann ebenso zärtlich ihr Patenkind zu begrüßen. Dora nimmt die Liebkosungen mit stiller Ergebung hin, ohne selbst irgendwelche Gemütsbewegung zu zeigen.

Unter dem Torwege wartet auch bereits der Oberförster, dem das Bellen der Hunde das Nahen der Besuches angezeigt hat. „Schön von Ihnen, lieber Doktor, daß Sie sich einmal bei uns sehen lassen und noch so liebe, seltene Gäste mitbringen. Willkommen Frau Noack mit Fräulein Tochter im Tannengrüner Forsthaus! Es ist ja schon eine kleine Ewigkeit her, daß wir uns nicht mehr gesehen haben."

Bald sitzen alle im eifrigen Gespräche im traulichen Zimmer der Frau Oberförster. Nur das junge Mädchen nimmt keinen Anteil an der Unterhaltung. Es hat auf einem am Fenster stehenden Stuhle Platz genommen und starrt unverwandt hinaus auf die leuchtenden grünen Birkenzweige, die sich draußen leise im Winde wiegen.

Nach einer Weile, als die beiden Frauen, soweit das in der Gegenwart der Männer und des jungen Mädchens möglich war, alles, was sie nach so langer Trennung auf dem Herzen trugen, ausgetauscht haben, fragt Doktor Bauer plötzlich ganz verwundert: „Was sehe ich denn, Frau Oberförster, Sie haben ja Glühbirnen in Ihrem Zimmer! Wie in aller Welt kommen Sie denn zu elektrischem Licht? Ich habe doch noch nie etwas davon gehört, daß hier irgendwo eine Zentrale besteht. Sonst würde ich meine Anstalt auch längst angeschlossen und mit elektrischem Licht versehen haben."

„Eine Zentrale gibt es freilich nicht", antwortet lächelnd die Frau Oberförster. „Wir verdanken das angenehme Licht einem lieben Nachbar, der uns mit dem nötigen Strom versorgt."

„Das ist aber ja noch kurioser", erwidert Doktor Bauer. „Hier in diesem weltfernen Gebirgsdorf gibt es jemand, der eine eigene elektrische Stromquelle besitzt?"

„Die Sache ist in der Tat nach mehr als einer Seite originell", mischt sich der Oberförster ein. „Der Nachbar, von dem meine Frau spricht, [illegible] Kantorhelm, wie er hier allgemein heißt, hat nämlich auf seinem Grundstück einen unterirdischen Wasserlauf von beträchtlichem Gefälle entdeckt. Diesen hat er sich nutzbar gemacht, indem er eine kleine Turbine einbaute. Die Turbine treibt eine Dynamomaschine, und diese liefert den elektrischen Strom, und zwar mehr, als der Kantorhelm selbst verbrauchen kann. Da die Entfernung nicht zu groß ist, hat er bis zu uns eine Leitung gelegt, und so ist auch meine Frau in ihrem Zimmer zu elektrischem Licht gekommen. In unseren übrigen Zimmern müssen wir uns mit Petroleumbeleuchtung begnügen."

„In seinem Hause", ergänzt Frau Hildebrand die Erklärung ihres Mannes, „hat der Kantorhelm nicht nur die Wohnräume, sondern auch die Stallung mit elektrischem Licht versehen. Außerdem heizt er im Winter mit Elektrizität, und seiner Mutter hat er einen wundervollen Kochapparat gebaut, auf dem alles mit Elektrizität gekocht wird."

„Eine elektrische Küche!" ruft Frau Noack. „Das muß ja hochinteressant sein! Gelesen habe ich schon davon, gesehen habe ich so etwas noch nicht."

„Aber zum Kuckuck!" sagt Doktor Bauer, „um alles das auszuführen, was Sie eben aufgezählt haben, dazu gehört doch ein ganzer Haufen von Kenntnissen und Fertigkeiten. Wie war es möglich, daß so ein Hinterwäldler sich das alles aneignen konnte."

„Das ist allerdings ein Kapitel für sich", entgegnet der Oberförster, „und darüber kann meine Frau, die das Vertrauen der Frau Kantor genießt, am besten berichten."

„Also, Frau Oberförster, dann erklären Sie uns, bitte, einmal die Sache. — Apropos! Der Frau Noack und mir fiel vorhin ein Haus dicht am Walde auf, das gegenüber den anderen Häusern des Ortes blitzsauber aussieht und Wohlhabenheit förmlich ausstrahlt. Ich mutmaße, daß dieses Haus es ist, aus dem Ihnen der elektrische Strom zufließt."

„Stimmt!" nickt die Frau Oberförster. „Bis vor einigen Jahren wird das Kantorhaus sich wenig von den übrigen Häusern unterschieden haben. Es soll sogar schon recht baufällig gewesen sein, denn die Kantors bewohnen das Haus schon lange. Sie gehören zu den Alteingesessenen des Ortes und sind eine Geigenbauer- und Musikantenfamilie. Weil sie früher immer den Vorsänger für den Kirchenchor stellten, bekamen sie den Spitznamen Kantor, den sie dauernd behielten."

„Ihr eigentlicher Name ist Berg", schaltet der Oberförster ein, „und es sollen unter den früheren Bergs sehr geschickte und gesuchte Geigenbauer gewesen sein. Die letzten Bergs haben sich mehr auf das Musikmachen gelegt. Es scheint ihnen das aber nicht zum Segen gereicht zu haben, denn das Musizieren führt zum Herumziehen in den Wirtshäusern und zu Trunk und Spiel."

„Ja!" fährt die Frau Oberförster fort, „so muß es wohl nach allen Andeutungen der Frau Kantor gewesen sein. Auch der Mann der Frau Kantor ist in den besten Mannesjahren dem Musikantenberuf zum Opfer gefallen. Bei einer Kirmes, auf der er mit seiner Kapelle zum Tanze aufspielte, kam es zu einer Rauferei. Er wollte Frieden stiften, wurde dabei jedoch so schwer verletzt, daß er noch in derselben Nacht starb."

„Auch scheußlich für eine Frau, aus einem so elenden Anlaß den Mann zu verlieren!" meint Doktor Bauer.

„Gewiß!" pflichtet die Frau Oberförster bei. „Und die Frau Kantor muß wohl auch über den Vorgang sehr empört gewesen sein, denn sie gelobte sich sofort, ihren einzigen Sohn Helmut vom Musikerberuf völlig fernzuhalten. Der Helmut war von seinem Vater sorgfältig in der Musik unterrichtet worden und hatte schon als Knabe in der Kapelle seines Vaters als Geiger mitgespielt. Als das Unglück auf der Kirmes passierte, war er schon über ein Jahr bei einem berühmten Geigenbaumeister in der Lehre. Von diesem nahm ihn die Frau Kantor fort und ließ ihn Maschinenbauer werden."

„Und der junge Mann?" fragt Doktor Bauer dazwischen, „hat der sich so leicht in die Umsattlung hineingefunden?"

„Er muß es wohl! Wahrscheinlich hat er selbst auch Neigung für den neuen Beruf empfunden, denn er ist ein tüchtiger Maschinenbauer geworden. Vor ungefähr drei Jahren kam er von langer Wanderschaft nach Hause und hat sich mit Feuereifer der Wirtschaft angenommen. Da er große Energie besitzt, sich vor keiner Arbeit scheut und mit Riesenfleiß schafft, außerdem alles, was er sich vornimmt, äußerst geschickt anfaßt, bekam das Anwesen bald ein ganz anderes Aussehen."

„Was treibt er denn sonst?"

„Das ist, wie es scheint, so ein Stück Geheimnis", antwortet dem Doktor der Oberförster. „Er hat sich eine Werkstatt errichtet, was er aber darin eigentlich fabriziert, das weiß niemand. Die Leute hier munkeln vielerlei, aber das ist gewiß alles dummes Zeug. Da er selbst nicht darüber spricht, haben auch wir es unterlassen, ihn danach zu fragen."

„Verkehren Sie denn öfter mit ihm?"

„Gewiß! Um in unser einsames Leben hier eine kleine Abwechselung zu bringen, haben wir ihn in den Wintermonaten hin und wieder zu einer Partie Schach eingeladen. Zum Spielen sind wir aber nie gekommen, denn wir waren immer schon nach einigen Minuten in der lebhaftesten Unterhaltung. Der Berg ist nämlich entschiedener Sozialist, und da mußte ich als königlicher Oberförster natürlich die Partei der Ordnung nehmen. Es ist mir aber stets schlecht bekommen. Denn erstens wußte der Berg für seine Ansichten so überzeugende Gründe anzuführen, daß man wirklich nichts dagegen sagen konnte, und dann hat ihm meine Frau Ehewirtin, die ich längst schon im Verdacht habe, daß sie bei den Roten heimlich eingeschriebenes Mitglied ist, nach Kräften sekundiert. Um nicht ganz und gar in den Sand gesetzt zu werden, mußte ich den starken Mann markieren, der mutig einen Schritt nach dem andern zurückweicht."

Doktor Bauer lacht herzlich, und auch über das Gesicht der Frau Noack huscht ein leises Lächeln. (Fortsetzung folgt.)

Sie wurden aber durch herbeigerufenes Militär daran verhindert. Es kam zu einer Schlägerei, die einen großen Umfang annahm. In allen Stadtvierteln von Mailand kam es zu Reibereien. Große Gruppen Manifestanten durchzogen die Straßen der Stadt. Die Zahl der Verwundeten bei den Zusammenstößen beträgt 50. Die Ausständigen, die noch immer scharenweise die Stadt durchziehen, haben eine drohende Haltung angenommen. Mittwoch nachmittag wollte der Herzog der Abruzzen im Automobil sich zu seinem Regiment begeben, um eine Inspektion vorzunehmen. Er wurde auf der Fahrt von den Manifestanten erkannt und ausgepfiffen. Auch wurden Steine nach ihm geworfen. Die Polizei mußte einschreiten und die Manifestanten mit der blanken Waffe zurückhalten.

* * *

Böhmisches Landtagswahlelend. Während es bei den letzten allgemeinen Reichsratswahlen in Böhmen 1 434 700 Wahlberechtigte gab, sind zum Landtag nur 606 108 wahlberechtigt. Es sind also 828 592 24 Jahre alte bürgerlich vollberechtigte und ein Jahr in der Gemeinde seßhafte Staatsbürger zur Wahl der Landtagsabgeordneten nicht berechtigt. Das Landtagswahlrecht macht nämlich eine gewisse direkte Steuerleistung zur Grundlage des Wahlrechts, welche bei denjenigen, die nur Einkommensteuer zahlen, also keinen Grundbesitz haben, 5 Kronen betragen muß. Die Arbeiter in Böhmen haben aber fast ausnahmslos ein viel zu geringes Einkommen, um diesem Erfordernis nachzukommen.

* * *

Die Ministerkrise in Holland. Die am 5. August abgehaltene Parteikonferenz war nicht einstimmig in der Frage, ob, da die Liberalen sich geweigert haben, ein eigenes Kabinett zu bilden, die Zwangslage da ist, in der die Resolution des Pariser Internationalen Kongresses den Eintritt von Sozialisten in ein liberales Kabinett zur Sicherstellung des Wahlrechts erlaubt. Es werden also dem Parteitag am Sonnabend zwei Resolutionen unterbreitet werden, eine von der Mehrheit, mit Troelstra und Vliegen an der Spitze, und eine von der Minorität, u. a. von Wijnkoop und Van der Goes unterzeichnet.

7. Internationaler Metallarbeiterkongreß.

Berlin, 6. August 1913.

Mit einem Begrüßungsabend im großen Saale der Brauerei Friedrichshain nahm gestern abend der zum ersten Male in Deutschland tagende Internationale Metallarbeiterkongreß, auf dem 1.100.000 organisierte Metallarbeiter aller zivilisierten Länder durch etwa 90 Delegierte vertreten sind, seinen Anfang. Die Sitzungen finden im Gewerkschaftshause statt.

Zunächst begrüßte Cohen-Berlin den Kongreß namens der Berliner Kollegen, worauf der zweite Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Reichel-Stuttgart, namens seiner 575.000 Mitglieder Willkommen bot. In einer programmatischen Ansprache entwickelte er als nächstes Ziel der Gewerkschaften die Erkämpfung des konstitutionellen Systems in der Fabrik, mit dem gebührenden Mitbestimmungsrecht der Arbeiter. (Lebhafter Beifall.)

Zu Präsidenten wurden gewählt Walls-England, Reichel-Deutschland und Solau-Belgien. — Walls bemerkt in einem Rückblick auf die Entwickelung des Internationalen Metallarbeiterbundes, daß früher die Deutschen von den Engländern lernten, ihre Fehler vermeiden konnten, während jetzt die Engländer in mancher Hinsicht den Deutschen nacheifern. Als Sozialist hoffe ich, daß die Arbeiter bald die Waffenindustrie werden kontrollieren können, damit der Friede gesichert bleibt. (Beifall.)

Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission sind 30 Organisationen in 12 Ländern mit 912.707 Mitgliedern durch 85 Delegierte vertreten.

Der Bericht des internationalen Sekretärs

wird von Schlicke-Stuttgart, dem ersten Vorsitzenden des Deutschen Metallarbeiterverbandes, erstattet. Er verweist auf die Notwendigkeit häufiger Berichterstattung namentlich über die Lebensverhältnisse im Auslande im Interesse der Auswanderungslustigen, die in Ländern ohne vollkommenes Tarifvertragssystem in die Lohnbewegungen einbezogen werden müssen. Auch die Berichterstattung an die Internationale Metallarbeiter-Rundschau muß besser werden. Die Auskunftserteilung ist die Haupttätigkeit des Internationalen Bureaus. Hoffentlich wird sich auch Amerika uns endlich anschließen. Bedauerlich wäre die Gründung eines Sonderbundes der Edelmetallarbeiter. Seien wir einig, und wir werden stark sein! (Stürmischer Beifall.)

Die Revisionskommission beantragt Entlastung, und dem Sekretär werden für seine große Arbeit in den letzten drei Jahren als Anerkennung, nicht als Bezahlung, 2000 Mark auf Antrag Davis-England einstimmig bewilligt. — Baek-Belgien wünscht Festsetzung eines Gehalts durch den nächsten Kongreß.

In der Diskussion über den Sekretärbericht erhebt Merrheim-Frankreich Beschwerden über die französische Ausgabe des letzten Kongreßprotokolls, die der französischen Föderation nicht vorlag. — Schlicke: Das hat das Zögern des damaligen Uebersetzers de Man-Brüssel verschuldet. — Weiter beschwert sich Merrheim über die Aufnahme einer Metallarbeitersektion des Bauarbeiterverbandes ohne Anhörung der Föderation. — Schlicke: Ich frage immer die Landessekretäre und habe Euch doch in Birmingham darüber gesprochen! Wenn sich die Sektion seitdem geändert hat, kann ich dazu nichts tun. — Merrheim: Ein Artikel für die Verschmelzung der französischen Organisationen wurde nicht gebracht, während 1911 ein gegnerischer Artikel erschien. — Schlicke: Ich prüfe jetzt alle vom Uebersetzer beanstandeten Artikel nach. Der bedauerliche Beschwerdefall ist also für die Zukunft hintangehalten. — Merrheim erklärt sich durch die erhaltenen Aufklärungen befriedigt.

Eine Beschwerde Merrheims über das zu späte Erscheinen des Berichts wird durch den Beschluß erledigt, daß der Bericht vier Wochen vor dem Kongreß den Organisationen zuzugehen hat. Mit dieser Modifikation wird der Sekretärbericht angenommen.

Die Verhandlungen werden auf morgen Donnerstag vormittag 9 Uhr vertagt.

Schluß 5½ Uhr.

16. Verbandstag der Tabakarbeiter.

Heidelberg, 6. August.

Dritter Verhandlungstag.

Das Ergebnis der Stellungnahme zu den Lohnkämpfen war die einstimmige Annahme folgender Resolution:

„Der Verbandstag erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten vollkommen einverstanden, er verspricht, im Sinne des Referenten zu wirken. Der Verbandstag beauftragt den Vorstand, der Tarifbewegung größte Aufmerksamkeit zu schenken und eine möglichst lebhafte Propaganda für den Bezug von Tabakfabrikaten von Tariffirmen in jeder ihm geeignet erscheinenden Weise zu betreiben."

Dem Vorstand als Material überwiesen wurden Anträge, die besagen: „Ueber diejenigen Unternehmer, die ihren Arbeitern das ihnen zustehende gesetzliche Koalitionsrecht rauben wollen, muß der Boykott verhängt werden." Ferner soll in der Presse eine größere Propaganda für die tariftreuen Firmen entfaltet werden. Zur Erkennlichmachung der Tabakfabrikate, die unter tariflich geregelten Arbeitsverhältnissen hergestellt werden, soll ein Tarifband oder eine Tarifmarke eingeführt werden.

Zu dem Punkt:

„Die Einführung der Erwerbslosenunterstützung"

hielt Verbandsvorsitzender Deichmann-Bremen das einleitende Referat. Eine Reorganisation der Unterstützungseinrichtungen sei unbedingt nötig, um die Verbandsfinanzen zu schützen und zu heben. Nach Aussicht des Vorstandes könne eine Reorganisation aber nur Erfolg versprechen, wenn an Stelle der vielen Unterstützungsarten die Erwerbslosenunterstützung zur Einführung gelange. Diese soll den Verband vor rücksichtsloser Ausbeutung schützen. Die in einem Jahre erhaltenen Unterstützungssummen sollen gegenseitig aufgerechnet werden. Arbeitslosen- und Krankenunterstützung sollen nur Mitglieder erhalten, die ohne eigenes Verschulden entlassen oder krank werden. Die Unterstützung, die erst nach einer achttägigen Karenzzeit bezahlt wird, beträgt nach dem Vorstandsvorschlag bei Arbeitslosigkeit je nach der Beitragsklasse 80 Pfennig, 1,20 Mark und 1,60 Mark pro Tag; bei Krankheit nur die Hälfte dieser Sätze. Die Bezugsdauer richtet sich nach der Dauer der Mitgliedschaft. Die Beiträge sollen in der ersten Klasse wie bisher (35 Pfg.) bleiben, in der zweiten Klasse um 5 Pfg. (auf 50 Pfg.) und in der dritten Klasse um 10 Pfg. (auf 65 Pfg.) erhöht werden. Die bisherigen drei weiteren Klassen sollen nun ganz wegfallen. Die Zuteilung in die einzelnen Klassen richtet sich nach dem Verdienste. Mitglieder mit einem Wochenverdienst unter 18 Mark können der ersten und zweiten Klasse beitreten, die 18 Mark und mehr verdienen, müssen den Beitrag der dritten Klasse bezahlen. Zum Schlusse seiner Ausführungen beantragte Deichmann, daß die Unterstützungssummen, die während der letzten 52 Wochen vor Inkrafttreten des neuen Statuts bezogen wurden, nach den neuen Bestimmungen aufgerechnet werden. Die gegenseitige Aufrechnung der verschiedenen Unterstützungen hätte damit rückwirkende Kraft.

Die Diskussion über diesen Punkt war sehr ausgedehnt. Die Redner waren ja alle der Ueberzeugung, daß eine Reorganisation vorgenommen werden muß, ihre Mehrzahl trat auch grundsätzlich den Vorstandsvorschlägen bei, nur über die Festsetzungen der einzelnen Bestimmungen gingen die Meinungen auseinander. Einerseits wurde dafür plädiert, die Einschränkung der Unterstützungen nicht allzu sehr vorzunehmen, da sonst ein Mitgliederschwund zu befürchten sei; besonders wandten sich die Redner gegen die vorgeschlagene Karenzzeit von 8 Tagen. Andererseits gingen einzelne Delegierte noch weiter wie der Vorstand, es wurde vorgeschlagen, die Krankenunterstützung ganz aufzuheben oder sie eventuell fakultativ zu gestalten. Die süddeutschen Delegierten stellten sich auf den Standpunkt der Vorstandsvorlage, auch die weiblichen Vertreter traten zum Teil sehr energisch dafür ein, dem Verband im Sinne der Vorstandsvorschläge mehr Mittel zuzuführen. Gegen die Beitragserhöhung wandten sich nur wenige Delegierte, ganz vereinzelt waren auch die Redner, die sich gegen die Aufhebung der drei obersten Klassen aussprachen. Nachdem 34 Delegierte zum Wort gekommen waren, wurde der Redestrom durch Schlußantrag gehemmt.

Der Verbandstag beschloß hierauf gegen 4 Stimmen die Erwerbslosenunterstützung einzuführen. Die hierzu gestellten Anträge wurden der Statutenberatungskommission überwiesen, die nun eine Vorlage auszuarbeiten hat.

Die Verhandlungen wurden dann vertagt.

Gewerkschaftsbewegung.

Deutsches Reich und Ausland.

Internationale Schneiderkonferenz.

In Wien fand Mitte Juli die 6. internationale Schneiderkonferenz statt, an der 32 Delegierte der Verbände in Amerika, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Holland, Oesterreich, Schweiz, Serbien und Ungarn teilnahmen. Der Vertreter einer separatistischen Organisation in London wurde nicht zugelassen. Dem internationalen Sekretariat waren im letzten Jahre 104 000 organisierte Schneider in 18 Organisationen angeschlossen. Die Konferenz beschäftigte sich besonders mit dem Ausbau der internationalen Verbindung, Austausch regelmäßiger Berichte, Bekämpfung der Heimarbeit usw. Zum internationalen Sekretär wurde Stühmer-Berlin wiedergewählt. Die nächste Konferenz findet 1916 in Kopenhagen statt.

Zur Hamburger Werftarbeiterbewegung. Für die nicht bezugsberechtigten Streikenden wurden am Dienstag im Bezirksabend in 39 Bezirken der Partei 820 Mark gesammelt, außerdem gingen 100 Mark von dem Personal des „Hamburger Echo" und 20 Mark von der Groß-Einkaufsgenossenschaft deutscher Konsumvereine ein.

Tarifabschluß für das Chemigraphengewerbe. Die Tarifverhandlungen für die Chemigraphen Deutschlands, die am Montag im Berliner Papierhaus begannen, sind zu Ende geführt worden. Es wurde ein neuer Tarif vereinbart, der hauptsächlich die achtstündige Arbeitszeit, Bezahlung der Feiertage und Regelung der Löhne vorsieht. Der Tarif, der wieder auf die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen wurde, tritt mit dem 1. Januar 1914 in Kraft und läuft bis zum 31. Dezember 1918.

Tunnelarbeiterstreik in der Schweiz. Seit Anfang voriger Woche streiken 600 Arbeiter des Tunnelbaues Münster—Grenchen, wobei es sich um eine neue französische Zufahrtslinie zur neueröffneten Lötschbergbahn und kürzere Verbindung mit Italien handelt.

Die Streikenden fordern Regelung der Arbeitszeit, Garantien gegen unbegründete Entlassung, 20 bis 30 Prozent Lohnerhöhung. — Unterhandlungen mit der Baufirma sind im Gange.

Streikbrecher nach Petersburg gesucht! Aus den Kreisen der Petersburger Metallarbeiter wird uns geschrieben: Länger wie drei Monate dauert schon ein Streik in Petersburg bei der Firma G. A. Leßner (A.-G.)-Maschinenfabrik. Dieser Streik wurde veranlaßt durch die Weigerung der Firma, einen Aufseher Lauel zu entlassen. Lauel hatte nämlich ganz unbegründet einen jugendlichen Arbeiter, Strongin, des Diebstahls bezichtigt, woraufhin Strongin Selbstmord beging. Die Firma wird von dem Verbande der Industriellen unterstützt. Bis jetzt ist die Stimmung der Streikenden eine vortreffliche. Die Arbeiter anderer Fabriken stehen den Streikenden bei. Soeben aber erfahren wir, daß seitens der Firma versucht wird, Streikbrecher im Auslande (Deutschland, Schweiz), zu werben. Die Organisationen des Auslandes werden daher gebeten, Zuzug fernzuhalten.

Parteiangelegenheiten.

Genosse Dr. Michels wurde nach seinem Wegzuge aus Deutschland Dozent der Staatswissenschaften an der italienischen Hochschule in Turin. Jetzt ist er einem Rufe als außerordentlicher Professor der Nationalökonomie an die Universität Basel gefolgt.

Der Bezirksparteitag für den Agitationsbezirk Schleswig-Holstein und Fürstentum Lübeck tagte am Sonntag und Montag in Flensburg. Der Parteitag war besucht von 90 Delegierten, darunter 8 Genossinnen und 37 Vertretern der verschiedenen Körperschaften der Organisation und der Presse. Als Vertreterin des Parteivorstandes war Genossin Luise Zietz erschienen. — Das Referat des Bezirkssekretärs Genosse Bartels über die Parteitätigkeit im Bezirk rief eine größere Debatte nicht hervor. Die Ansicht, meinte Genosse Bartels in seinen Ausführungen, die in einem Artikel der „Neuen Zeit" zum Ausdruck gekommen sei, daß bei der Sozialdemokratie eine Ueberspannung der Organisation eingetreten sei, sei energisch zurückzuweisen. Straffe politische und gewerkschaftliche Organisationen seien die Vorbedingung für den Vormarsch des Proletariats. Organisieren wir unermüdlich weiter, aber erfüllen wir auch die Mitglieder mit dem richtigen revolutionären Geist. — Der Parteitag stellte dann den Etat für das Jahr 1913/1914 fest. Er schließt ab mit 88 400 Mk. Der Bericht über die Presse und die dazu gestellten Anträge rief eine lebhafte Debatte hervor. Der Parteitag setzte am Montag diese Diskussion fort. Nach langer und lebhafter Diskussion wurde gegen einige Stimmen beschlossen, den Abonnementspreis für die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" und für die „Flensburger Volkszeitung" von 70 auf 75 Pfg. wöchentlich zu erhöhen. Dann hielt Genosse Dieck vom Zentralbildungsausschuß einen Vortrag über das Thema „Unser Bildungswesen". Der Vortrag und die ihm folgende Diskussion gaben besonders für die Vertreter der kleinen Orte eine Fülle von Anregungen und Ratschlägen. Ueber den Parteitag in Jena referierte Bezirkssekretär Bartels. Dabei wurde besonders die Frage des politischen Massenstreiks, die Haltung der Fraktion bei der Wehr- und Deckungsvorlage und die Aufhebung des Nürnberger Parteitagsbeschlusses über den Maifeierfonds durch den Chemnitzer Parteitag besprochen. Referent und Diskussionsredner billigten das Vorgehen der Fraktion; für die Propagierung des Massenstreiks erhob sich keine Stimme. Auch die Agrarfrage spielte in den Diskussionen eine Rolle. Die Einsetzung einer Agrarstudienkommission wurde für die gesamte Partei für nötig gehalten. Einen Rückblick über die Landtagswahlen gab Genosse Precour-Kiel. Als Bezirkssekretär wurde Genosse Barthels wiedergewählt. Damit war die Arbeit des Parteitages erledigt.

Sepp Oerter Sozialdemokrat. Von einem Uebertritt zur sozialdemokratischen Partei gibt der anarchistische „Freie Arbeiter" in recht gehässiger Weise Kunde: „Der ehemalige Anarchist Sepp Oerter ist noch nicht Lehrer bei der München-Gladbacher Zentrumsschule, sondern vorläufig Mitglied der sozialdemokratischen Partei geworden. Wir wünschen glückliche Reise." Damit wird öffentlich bestätigt, was uns schon vorher bekannt war: Der Uebertritt eines der achtbarsten und rührigsten deutschen Anarchisten zur sozialdemokratischen Partei. Der Umstand, daß Sepp Oerter für seine frühere anarchistische Ueberzeugung ungeheure Opfer gebracht hat — er mußte an acht Jahre im Zuchthaus zubringen —, hätte dem „Freien Arbeiter" aber mehr Anstand gegen seinen früheren Gesinnungsfreund aufnötigen sollen. In unserer Partei wird Oerter ein weites Gebiet von nützlicher Betätigung finden.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion Wochentags nur v. 12—1 Uhr Mittags. Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt.

Königswille. Ob Sie mit Erfolg die Berufung einlegen können, hängt von Ihrem Einkommen ab, dessen Höhe uns nicht bekannt ist. Würden Sie noch weiter ermäßigt, dann hätten Sie kein Wahlrecht in der Gemeinde. Wir raten Ihnen deshalb Berufung nicht einzulegen.

W., Unterstützungsverein. 1. Etwa ein halbes Jahr. Ist die Zeit abgelaufen, so besorgen Sie sich ein neues Zeugnis. 2. Gehen Sie mit den Unfallpapieren ins Arbeiter-Sekretariat (Gewerkschaftshaus), wo man Ihnen gern helfen wird.

D. 33. Wir halten eine Naturalisation nötig. Schreiben Sie an den Regierungspräsidenten um Aufnahme in den preußischen Staatsverband. Die Kosten der Naturalisation eines Ausländers betragen allerdings 150 Mark; sie können aber bei Bedürftigkeit bis auf 5 Mark herabgesetzt werden.

Breslau, 7. August. Festgestellt von der Marktnotierungskommission für Getreide.

	Für 100 Kilogramm
Weizen, gute Qualität der letzten Ernte	20,20 — 20,40 Mk.
Roggen desgleichen	15,90 — 16,10 „
Hafer desgleichen	15,60 — 15,80 „
Braugerste, der letzten Ernte	—,— — —,— „
Mahl- und Futtergerste der letzten Ernte	14,40 — 14,70 „
Viktoriaerbsen, gute Qualität der letzten Ernte	23,50 — 24,00 „
Kocherbsen desgleichen	21,00 — 21,50 „
Futtererbsen der letzten Ernte	17,00 — 17,50 „
Heu, altes	6,80 — 7,20 „
Heu, neues	5,00 — 6,00 „
Langstroh	4,60 — 5,00 „
Preßstroh	2,00 — 2,40 „
Winterraps	feine 28,00, mittlere 27,50, geringe Ware 27,00 „

Breslauer Mehlmarkt.

Mehl ruhig, per 100 Kilogramm inkl. Sack brutto Weizenmehl 00 ruhig 27,50—28,00 Mk., Roggenmehl 0 ruhig, 24,50—25,00 Mk., Roggen-Handbacken ruhig, 24,00—24,50 Mk., Roggen-Futtermehl ruhig 11,50—12,00 Mk. Weizenkleie ruhig 10,50—11,00 Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Förster. — Redaktion und Expedition: Breslau, Graupenstraße 7. — Verlag der „Volkswacht", G. m. b. H. — Druck von Th. Schatke, G. m. b. H. — Breslau. Hierzu 2 Beilagen.

Leser! Bevorzugt bei Euren Einkäufen unsere Inserenten und die Adressen des Breslauer Quellen-Verzeichnisses.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Donnerstag, den 14. August, abends 8 Uhr,
im großen Saale des Gewerkschaftshauses:

Vertreter-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Der Parteitag in Jena. Referent: Genosse Dark.
2. Beratung von Anträgen.
3. Die Wahl der Parteitags-Delegierten.

Nur Mitglieder haben Zutritt. Mitgliedsbuch legitimiert.

Stimmrecht haben nur die gewählten Vertreter, die Vorstandsmitglieder und die Distriktsführer (§ 7 des Statuts).

5430 **Der Vorstand.**

Konsum- und Spar-Verein „Einigkeit"

für Brieg und Umgegend (e. G. m. b. H.).

Sonnabend, den 9. August 1913, abends Uhr,
im Saale des „Weinbergs"

gr. Interessenten-Versammlung betreffend Volksfürsorge.

Tagesordnung:

1. Welche Vorteile bietet die Volksfürsorge den Versicherten?
Referent: Sekretär H. Winzer, Breslau.
2. Diskussion.

Der Einberufer.
5427 J. A.: Wilhelm Klunke.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltung Breslau

Büro: Margaretenstr. 17, I, Zimmer 17—21. Fernsprecher Nr. 9199.

Achtung! Zufallsteure und Helfer! Achtung!

Sonntag, den 10. August cr., früh 10½ Uhr, im Saal 3 des Gewerkschaftshauses:

Branchen-Versammlung.

Wichtige Tagesordnung. Wir erwarten pünktliches Erscheinen aller Kollegen.

Die Branchenleitung.

Achtung! Heizungsmonteure und Helfer! Achtung!

Sonntag, den 10. August cr., früh 10½ Uhr, im Zimmer 8 des Gewerkschaftshauses:

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Wichtige Branchenangelegenheiten.

Wir erwarten, daß die Versammlung gut besucht wird. Die letzte Versammlung mußte wegen schlechten Besuchs ausfallen und hoffen wir mit Bestimmtheit, daß sich derartiges nicht wiederholt.

Die Branchenleitung.

Achtung! Gelbmetallarbeiter und Arbeiterinnen! Achtung!

Dienstag, den 12. August cr., abends 8 Uhr, im Saal 3 des Gewerkschaftshauses:

Branchen-Versammlung.

Die Tagesordnung ist außerordentlich wichtig und wird in der Versammlung bekannt gegeben. 5429

Wir haben ein größeres Zimmer gewählt, weil wir bestimmt annehmen, daß kein Kollege und keine Kollegin fehlt.

Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Samariter-Bund, Kolonne Breslau.

Sonntag, den 10. August cr.:

Feier

anläßlich des zweijährigen Bestehens der Kolonne
im großen Saale des Gewerkschaftshauses
Margaretenstraße 17

Gesangs- und humoristische Vorträge
Tanz, Verlosung, Blumenpolonäse usw.

Eintritt 15 Pfg. Einlaß 4 Uhr Anfang 5 Uhr.

Freunde und Gönner unserer Bewegung sind eingeladen.

5434 Das Festkomitee.

Infolge eines Unglücksfalles verstarb unser werter Genosse, der Bezirksführer 5418

Georg Tiesler.

Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten

Der Distriktsführer, sowie die Bezirksführer des 9. Distrikts des Sozialdemokrat. Vereins Odertor.

Am 4. d. Mts. verstarb infolge Unglücksfalles unser werter Genosse und Bezirksführer, der Tischler

Georg Tiesler

im Alter von 24 Jahren.

Sein Andenken werden in Ehren halten

Die Genossinnen und Genossen des Distrikts 9 (Odertor) des Sozialdemokratischen Vereins.

Beerdigung: Sonnabend, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle in Pöhlanowitz. 5417

Am 4. d. Mts. ertrank beim Baden unser Parteimitglied, der Tischler

Georg Tiesler.

Der im blühenden Alter von 24 Jahren aus dem Leben Geschiedene war in unserem Verein als Bezirksführer tätig, auch übte er das Amt eines Vertreters aus. 5433

Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren

Die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins Breslau.

Beerdigung: Sonnabend, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofs Pöhlanowitz.

Am 6. d. Mts. verstarb unser Freund und Verbandskollege, der Maschinist 5419

Johann Badura

im Alter von 41 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (Verwaltung Breslau).

Beerdigung: Sonnabend, den 9. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Zeltenkirche in Gräbschen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Breslau.)

Sonnabend, 9. August, abends 8 Uhr im Gewerkschaftshause, Zimmer 9:

Parkettleger-Versammlung

Tagesordnung:

Die Arbeitslosigkeit der Parkettleger und wie stellen sich die Kollegen dazu?

Zahlreicher Besuch der Versammlung erwünscht. 5428

Steinarbeiter-Verband

Sonnabend, 9. August, abends 7½ Uhr: im Zimmer 10 des Gewerkschaftshauses

Kassentag

abends 8½ Uhr: 5431

Versammlung.

Brieg. Wahlverein.

Dienstag, den 12. August, abends 8 Uhr, bei Czipull, Fischerstraße: [5430

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: „Der deutsche Parteitag".
Referent: Genosse Scholich.

Mitgliedsbuch legitimiert. — Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Zurückgekehrt 5410
Dr. Mendelsohn.

Pfänder-Auktion

bis Nr. 13 900. Verlängerung nur bis 13. August. Schwirten, Weissenburgerplatz 7. [5420

5336 **Gummiwaren**

jeder Art, sowie sämtliche hygienische

:: **Frauen-Artikel** ::

zu haben bei

Frau Gladisch, Breslau,
Nachodstraße 1, Ecke Behrauerstraße.

Für 287 Mk.

komplette Einrichtung, bestehend aus Wohnzimmer, Schlafzimmer und moderner Küche, diese Einr. Nußb. poliert. 410 Mk., Plüsch-Diwan 42 Mk., Schrank 26 Mk., Vertiko 33 Mk., Spiegel, geschl., 10 Mk., Rohrstuhl 3.50 Mk., eich. Schlafz., Sofas mit Umbau, Büfetts, Waschtisch 12.50 Mk., 2c. 2c. liefert

wirklich reell und billig

Siegfried Grieger

Kupferschmiedestraße 24.

5011] Gegr. 1859. — Tel. 9177.

Fahrräder

für Damen und Herren, neu und gebraucht, zu äußerst billigen Preisen. 5220

P. Dittrich, Fahrradhandlung Sandstraße 17.

Sanitätsartikel

: Bruchbänder, Leibbinden :
Gradehalter f. Schiefwachsende

W. Fritz, Reuschestrasse 36.

3344

Frack- und Gehrock-Anzüge

sowie Klapp- 5024
und Zylinderhüte verleiht

H. Anders

Weidenstr. 8, Ecke Albrechtstraße.

Wasche mit **Henkel's Bleich-Soda.**

10047/2

Soeben erschienen:

: Kirchensteuer :
u. Kirchenaustritt
: in Preußen :

20 Pf.

Zu beziehen durch unsere Expedition u. Kolporteure.

5418

3000 Mk. Belohnung

könnte wohl der verdienen, der uns nachweist, dass wir nicht jederzeit bemüht sind, unseren Umsatz durch ein denkbar sortiertes Lager in modernen Herren- und Jünglings-Garderoben mit billigsten Verkaufspreisen zu vergrössern.

Suchen Sie uns in ganz Breslau

ein Geschäft, dass wie wir für die billigen Preise von

10.– 12.– 16.– 20.– 22.– usw.

getragene Mass-Anzüge u. Paletots

von Ia. Mass-Schneidern, teilweise auf Seide gearbeitet, für jede Figur passend, verkauft. **Leihen Sie sich bei uns** einen Gehrock-, Smoking-, Frack- oder anderen Anzug für **Mk. 5.–** wenn Sie eine Hochzeit, Beerdigung oder andere Gelegenheit vorhaben.

Wir vergüten Ihnen Fahrgeld bei Einkauf
von 15 Mk. an 1.— Mk.
„ 20 „ „ 2.— „
„ 30 „ „ 3.— „

Sie finden uns nur

Breslau

Kaufhaus für Herren-Garderoben G. m. b. H.

Neue Schweidnitzerstrasse 6 an der Gartenstrasse.

Masurs 650 H. u. D. Stiefel Sind Gut Und Schön!

Verkaufsstelle: Schmiedebrücke 57, an der Kupferschmiedestrasse. 4048

Der Anarchist

Novellen von Gottschalk
20 Pfg., früher 1 Mk.
Zu beziehen durch die Expedition

Vorwärts-Bibliothek

Eine Sammlung volkstüml. Romane und Erzählungen.

Jeder gut geb. Band 1 Mk.

Bisher erschienen:

Erweckt Roman aus dem Proletarierleben von A. Ger

Der Ausweg Eine Erzählung von Ernst Preczang

Das Land der Zukunft Reisebeschreibung von Leo Kolisch. Mit einer Einleitung von Paul Göhre

Verschrobenes Volk Erzählungen von R. Grötzsch

Der Prinzipienreiter. Eine Erzählung aus dem Jahre 1848 von Wilhelm Blos

In den Tod getrieben Zwei Erzählungen von Ernst Preczang

Der Pariser Garten u. Anderes v. Minna Kautsky

Mutter Ein Frauenschicksal von Joh. Ferch

Der Morgen graut Erzählungen aus dem Proletarierleben von M. Anderson-Nexö

Die Barricade-Bibliothek ist die geeignetste Unterhaltungslektüre für jede Arbeiterfamilie

Zu beziehen durch Expedition u. Kolporteure.

Jahrhundertfeier der Freiheitskriege Breslau 1913

Tagesprogramm für Sonnabend, den 9. August 1913:

Konzert: Im Pavillon v. d. Hauptrestaurant: Stadttheaterkapelle (Debelak).
Im Vergnügungspark: Kapelle des Feld-Artillerie-Regiments 6 (Ruschka). 5440

Historische Ausstellung täglich von 10—7 Uhr geöffnet, umfaßt 56 Räume.

Ausstellung für Friedhofskunst.
Schlesischer Bund für Heimatschutz: Schrotholzkirche.
Kolonial-Ausstellung.
Ausstellung für Jugendpflege. Künstlerbund Schlesien.
Gartenbau-Ausstellung: Japan. Garten, Rosen-Garten, Histor. Gärten, Neuzeitl. Sondergärt., Dahlien-Garten.
Garten-Kunsthalle.

Natur-Theater: Nachm. 5 Uhr: Die Laune des Verliebten. Der Kurmärker u. d. Pikarde
Abends 8 Uhr (Zum 1. Male): König Renés Tochter.

Voranzeige: Sonntag, den 10. August: Auf dem Sportplatz b. Ausstellung (Sportpark Grüneiche) nachm. 5 Uhr:

Fußball-Städtespiel Halle-Breslau.

Zur jetzigen Saison empfehle ich mein großes Lager von

Schuhwaren

in **Herren-, Damen- u. Kinderstiefeln**

3358 zu staunend billigen Preisen.

Martha Christmann, Geschäftsführerin.
Augusta Koch.
36 Jägerstraße 36
Bitte genau auf Firma zu achten.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 8. August.

Meineid und Sozialdemokratie.

Als im Waldenburger Meineidsprozeß zwei völlig unbescholtene Genossen zu achtzehn und fünfzehn Monaten Zuchthaus verurteilt waren, da hieß es im feindlichen Blätterwalde: Die Sozialdemokratie verherrlicht den Meineid und verlangt ihn da von ihren Anhängern, wo es gilt, der Partei zu nützen. Wie erlogen dieser Vorwurf ist, hat die Geschichte der Sozialdemokratie längst unwiderleglich bewiesen. Aber in der Zeit der Reichsverbands-Lügenagitation war es kein Wunder, daß auch jetzt wieder alles auf die Beine kam, was die Sozialdemokratie zerschmettern will. Da hat der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins gut daran getan, den Freigesprochenen im Waldenburger Meineidsprozeß in einer öffentlichen Versammlung sprechen zu lassen, damit er an der Hand der Tatsachen zeige, wie haltlos all die Anklagen gegen uns sind. Genosse Osterroth entledigte sich seiner Aufgabe äußerst geschickt in einer längeren Rede, die oft von lebhafter Zustimmung unterbrochen und auch zum Schluß mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde; er führte u. a. aus:

Als die vor etwa 18 Jahren im Essener Meineidsprozeß zu jahrelangen Zuchthausstrafen verurteilten Genossen endlich nach 16 Jahren freigesprochen waren, da glaubte man, die Neuauflage eines solchen Meineidsprozesses sei nicht möglich. Man glaubte befreit zu sein von ähnlichen Prozessen. Man hat sich getäuscht. In Waldenburg, dem kleinen Bergrevier, ist auf Grund ähnlicher Beweise ein Meineidprozeß eingeleitet und durchgeführt worden. Wir kennen die Gedanken unserer Gegner. Der Sozialdemokrat wird ganz besonders bewertet; er gilt als Verächter der Gesetze, von Sitte und Religion, und von da ist ein Meineid nicht mehr weit. Er sei den Sozialdemokraten besonders dann zuzutrauen, wenn es sich um einen Parteigenossen handelt. Vom Standpunkt unserer Gegner ist es deshalb nicht so ungeheuerlich, uns einen Meineid zu unterschieben. Es hat ja vor Jahren in Breslau den Landgerichtsdirektor Schmidt gegeben, der da sagte, daß die Sozialdemokraten fähig seien, zu Gunsten ihrer Parteigenossen Meineide zu schwören. Als dieser Mann vom Parteivorstande darauf festgenagelt wurde, da wählte er den besseren Teil der Tapferkeit. Auch der frühere Staatsanwalt und jetzige Kriegsgerichtsrat Romen hat gegen uns wegen unserer angeblichen Meineide eine große Pauke gehalten; ebenso der Staatsanwalt Martin.

Das Thema von den Meineiden der Sozialdemokratie ist also sehr alt. Früher waren diese Anwürfe sehr vereinzelt, heut wird aber diese Melodie in der ganzen bürgerlichen Presse alle Tage erhoben. Das Geheul von der „laxen Moral" geht monatelang durch die Presse nach dem Rezept, wirf nur zu, etwas bleibt von dem Dreck schon hängen. Ich brauche die Sozialdemokratie gegen den Vorwurf, daß sie den Meineid zum Schutze der Parteigenossen billige, nicht zu verteidigen. Wir brauchen solche Waffen nicht. Die Entwicklung arbeitet für uns und unsere Gegner; wir brauchen nicht zur Lüge zu greifen, um unsere Mühlen im Gange zu erhalten.

Aber es sei doch erlaubt, einen Vergleich zu ziehen zwischen uns und anderen Parteien. Da behaupte ich, daß in den rechtsstehenden Parteien mehr Meineide geschworen werden, als bei uns. Fangen wir beim Baron von Hammerstein an und gehen bis in die neueste Zeit, dann würden wir sehr gut abschneiden. Doch behaupten wir nicht, jeder Junker ist ein Meineidiger, das tun wir Sozialdemokraten nicht. Wir wissen genau, daß dem Menschen, der da kämpft, nichts Menschliches fremd ist; keiner kann aus seiner Haut heraus und wird zu seinen Handlungen getrieben. Deshalb fällt es uns nicht ein, eine bürgerliche Partei zu verdammen, weil sie ein räudiges Schaf bei sich hat. Wollten unsere Gegner so auch gegen uns handeln, dann würde das Meineidsgeschrei gar bald verstummen.

Gerade in frommen Gegenden kommen die meisten Meineide vor. Das stark katholische Trier hat mehr Meineide, als das große Köln, und die Eifel, Oberbayern und Oberschlesien dürfen auch nicht vergessen werden. In den Gegenden, wo man noch an Hexen und Gespenster glaubt, hat man auch andere Sittlichkeitsbegriffe. In solchen Gegenden wird es mit dem Eide viel leichter genommen, als in aufgeklärteren Landstrichen. Die sozialdemokratische Großstadt würde bei allen Vergleichen gut abschneiden. Und trotzdem behauptet man immer, wir Sozialdemokraten neigen zum Meineide, weil wir ungläubig sind.

Mir als Opfer des Waldenburger Meineidsprozesses ist es sehr unangenehm, darüber zu reden, denn niemand prahlt wohl gern mit seinen Wunden. Trotzdem bin ich Ihrem Rufe gefolgt, um meine Meinung über den Prozeß zu sagen, denn unzählige Verdrehungen und Unwahrheiten knüpften sich an den Prozeß, besonders auch die Verleumdung, daß ich als Fälscher entlarvt worden wäre. In Wirklichkeit sind es die Urheber des Prozesses, die Reichsverbändler und Gekauften der Grubenbesitzer, die jetzt als Entlarvte dastehen.

Redner kommt dann ausführlich auf die Vorgeschichte des Meineidsprozesses und seinen Verlauf zu sprechen, der unseren Lesern aus dem Prozeßbericht bekannt ist. Er fährt fort: Ich bin überzeugt, daß Weichelt und Hoffmann unschuldig sind und zu Unrecht im Zuchthaus sitzen. Dabei muß ich freilich sagen, die Urheber hatten kein Interesse daran, diese beiden im Zuchthause zu sehen; sie wollten die Partei und die Bergwacht treffen und mich, den Firmenträger der Bergwacht, der sie politisch so oft geprügelt hatte, weil ich als Arbeiter-Sekretär und Vorsitzender des Wahlkreises stets im Vordergrunde stehen mußte. Es ist klar, daß ich als Freigesprochener das Geheul der bürgerlichen Meute über mich ergehen lassen mußte, weil ich leer ausging, obwohl man es auf mich abgesehen hatte. Die Herren mögen heulen, so lange sie wollen; ich habe nie das Bewußtsein der Schuld gehabt. Ich dachte mir, es kommt doch an die Sonne, was die Herren angerichtet haben. Köhler ist aus dem Tageblatt schon verschwunden, dieses Blatt hat in einem Jahre 85.000 Mark zugesetzt, während unsere Bergwacht, trotz aller Hindernisse im zweiten Jahre einen Ueberschuß hatte. Die Arbeiter werden sich lieber mit den Zuchthäuslern auf eine Stufe stellen, als mit Lippold, den Chefredakteur des Waldenburger Tageblattes, dem Urheber des Meineidsprozesses. (Bravo!) Wir werden die Zuchthäusler als Märtyrer betrachten und ihnen unsere Achtung nicht versagen, während die Akten über Lippold und Genossen noch nicht geschlossen sind. Die Partei ist rein aus dem Prozeß hervorgegangen, und die im Zuchthaus sitzen, werden nicht geknickt sein. Wenn sie herauskommen, werden wir sie brüderlich willkommen heißen und niemals scheel ansehen. Wenn wir sehen, wie alle unsere tätigen Genossen verfolgt werden, dann ist es eine Gleichgiltigkeit, daß so viele noch abseits stehen. Alle müssen wir rastlos kämpfen, wenn die Opfer nicht umsonst gebracht sein sollen. Unterkriegen lassen wir uns nicht. Wir sagen allezeit mit Freiligrath: Ihr hemmt uns, doch Ihr zwingt uns nicht; unser die Welt trotz alledem. (Stürmischer Beifall.)

Nach einer kurzen Pause nimmt in der Aussprache zuerst das Wort

Genosse **Haertel**: Da die beiden Opfer des Prozesses Mitglieder des Buchdruckerverbandes sind, möchte ich mir, als Vertreter desselben, einige Worte erlauben. Wie auch der Ausgang des Prozesses gewesen sein mag, wir, die wir die beiden Verurteilten kennen, stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß wir ihnen eine unehrenhafte Handlung nicht zutrauen. Hat doch selbst der Anklagevertreter erklärt, daß der Handlungsweise der Angeklagten unedle Motive nicht zu Grunde gelegen haben. Das Schicksal der beiden Kollegen, die durch eine unleidliche Verkettung von Umständen in diese Situation gekommen sind, fordert das Mitgefühl aller rechtlich denkenden Kreise heraus. Verachtung gebührt jenem, der nicht aus Rechtsgefühl, sondern nur aus Rachsucht zwei rechtschaffene Menschen in diese Lage gebracht hat. Redner geht auf die Schwierigkeiten ein, die für den Buchdrucker bestehen, wenn er gezwungen ist, über den Charakter seiner Arbeit Zeugnis abzulegen, und erklärt es für eine irrige Ansicht, daß der Setzer sich in jedem Falle von der Art und dem Charakter seiner Arbeit überzeugen kann. Wir betrachten daher diese Opfer des Klassenkampfes gleichsam als Opfer ihres Berufes und haben keine Veranlassung, ihnen unsere Sympathie und Achtung zu versagen. (Bravo!)

Genosse B. **Müller**: Aus dem Munde eines der Hauptbeteiligten haben Sie Gelegenheit gehabt, zu hören, wie sich die Dinge in Wahrheit zugetragen haben. Die Meinung, daß wir Meineide zu Gunsten unserer Freunde leisten, ist gebührend zurückgewiesen worden. Auch in der Geschichte ist kein Schimmer vorhanden, der beweisen könnte, daß wir über den Meineid anders denken, als in bürgerlichen Kreisen gedacht wird. Es gab auch schon früher selbst in bürgerlichen Kreisen Männer, wie den Amtsrichter Kielemann und Professor Thiel, die da sagten, daß man Sozialdemokraten nicht so behandeln dürfe. Die beste Antwort auf alle die Anwürfe gegen uns ist eine nimmer rastende Arbeit für unsere Partei, ihre Presse und Organisation, damit immer größere Volkskreise von unserer gerechten Sache erfüllt werden. (Lebhafter Beifall.)

Genosse **Darf**: Wir haben an dem Waldenburger Meineidsprozeß besonderen Anteil genommen. Sie erinnern sich, daß die Enthüllungen über Waldenburg schon seit Jahren gehen. Ich kann nur sagen, daß alles richtig ist, was Osterroth gesagt hat. Der Aktendieb ist uns unbekannt und Gallasch ist dieser Aktendieb nicht. Wenn uns der Vorwurf des Meineides gemacht wird, so trifft uns das nicht. Wir sind gewöhnt, die Wahrheit zu sagen. So mancher, der in Kletschkau gesessen hat, wäre als friedliebender Bürger begraben worden, wenn er sich vorgenommen hätte, die Wahrheit nicht zu sagen. Die Bevölkerung wird stetig mehr erkennen, wo die wirklichen Freunde der Wahrheit sitzen, und wir werden nach wie vor sehen, daß sich der Kreis ihrer Anhänger und Mitkämpfer von Tag zu Tag erweitert. (Lebhafter Beifall.)

Genosse **Paul** ersuchte die Anwesenden, allezeit rege für die „Volkswacht" zu werben. Das sollten besonders die Frauen beachten.

Es folgte dann ein kurzes, aber kräftiges und anfeuerndes Schlußwort des Genossen Osterroth, das begeisterte Zustimmung hervorrief.

Gegen 10½ Uhr erreichte die gut besuchte und anregende Versammlung ihr Ende; sie tagte im großen Saale des „Deutschen Kronprinzen" auf der Westendstraße.

„Ausstellung für Jugendpflege".

In der Vortragshalle der Jahrhundert-Ausstellung ist eine Sonder-Ausstellung über die einzelnen Gebiete der Jugendpflege eröffnet worden. Als Leiter dieser Ausstellung unterzeichnen Frauen und Männer mit den edelsten aristokratischen Namen; Bürgermeister, Generäle, Pastoren und Lehrer sind natürlich auch dabei. Die Männer entschuldigen die Dürftigkeit des Gebotenen damit, daß die Ausstellung erst im Juni geplant, und unter den größten Schwierigkeiten zustande gekommen ist.

Gleich am Eingang liegen die Schriften des Vereins zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Man erwartet nun eine vorurteilsfreie Ausstellung; doch weit gefehlt! . . Widerlich, im Gegensatz dazu, sind die Schriften vom „Weißen Kreuz". Dem Erwachen des Geschlechtstriebes will das „Weiße Kreuz" nicht durch naturwissenschaftliche Aufklärung, sondern durch Buße begegnen. „Die Unsittlichkeit muß als Sünde anerkannt werden, besonders die geheimen Jugendsünden." Was brauchen wir also Naturwissenschaft und Aufklärung, denn der eifernde Pfaffe „schützt" unsere Jugend vor der Sünde. Diese Jugendpflege besteht nun schon seit Jahrhunderten, und trotzdem häufen sich die Fälle „geschlechtlicher Verirrung".

Dann gibt die Ausstellung ein breites Bild von der „nationalen Jugendwanderung", von den Jungdeutschland-Vereinen, Pfadfinder-, Wanderer-, Wehrkraft- und anderen Vereinen, die im Jungdeutschlandbund vereinigt sind. Das Treiben dieser Vereine in Wald und Feld ist zur Genüge bekannt, und von den Bauern und dem Förster gefürchtet.

Von den Sonderausstellungen gegen den Alkohol und die Schundliteratur ist kein großes Aufheben zu machen. Ein Handatlas und eine Broschüre von Hoppe liegen allerdings aus, aber besonders für die Jugend geschriebene Bücher, wie etwa Katzensteins „Jugend und Alkohol", fehlen. Einen größeren Platz haben die Christlichen Jünglings- und Jungfrauenvereine. Ich sehe mir ein Bücherverzeichnis an vom Breslauer Christlichen Verein junger Männer. Von den Klassikern sind darin nur vertreten: Körner, Hauf, Lessing, Schiller. Dafür hat diese Bücherei 26 Bände von einem unbekannten W. Oertel. Erzählungen zusammen: 283 Bände. Die 100 Geschichtsbücher sind von den „rühmlichst" bekannten Schriftstellerchen über Bismarck, Schill, Lützow u. a. Dann kommen noch 118 „christliche Erzählungen" und 136 „religiöse Schriften". Solche Vereine bekommen einen Platz in einer Ausstellung für Jugendpflege! Die Wanderausstellung zur Bekämpfung der Schundliteratur ist durch ihren Namen vertreten; aber die guten Bücher, die ja die Besucher kaufen sollen, die fehlen. Schaffstein und Teubner sind vorhanden, aber kein Bändchen der Wiesbadener, der Hamburger oder einer anderen Volksbücherei. Kunstwart und Dürerbund sind leider auch nicht dabei. Besonders breit ausgelegt sind die Verlagsbücher der Buchhandlung Priebatsch. „Hellmuth der Patrouillenreiter", „Okowi — Ein Hererospion". So ein Titel zieht, das lehrt die alte Erfahrung mit den Indianerbüchern. Nur begeistern diese Bücher die Jugend nicht für Amerika, sondern für unsere afrikanischen Kolonien.

Auch die deutsche Sprache wird veredelt. Das deutsche Jugendkorps druckt auf die Teilnehmerkarte: Teilnehmerpaß, die Personalien der Paßinhaber. Bei den Kinderspielen, die in der Mitte des Raumes ausliegen, ist die Militärbegeisterung vorherrschend. Spiele wie Dame, Domino lagen 18 aus, darunter die meisten Sport- und Wettrennspiele, 17 Kriegs- und Soldatenspiele, 20 aus den Gebieten der Technik und Geographie.

Noch nie ist eine Ausstellung so mangelhaft ausgefallen, wie diese. Wenn auch die Leiter um Entschuldigung bitten, so hätten sie einfach ihren Namen nicht hingeben sollen oder die Ausstellung als das bezeichnen, was sie ist: Reklame für den Jungdeutschlandbund. Wer als Arbeiter die Ausstellung besucht, wird gewahr werden, wie seine Kinder in den bürgerlichen Vereinen zu Muckern und militärischen Draufgängern erzogen werden sollen. Von dieser Ausstellung kann man sagen: Alldeutscher Drill ist alles; Jugendpflege Schall und Rauch.

An die Adresse der „Schlesischen Volkszeitung"

richtet das „Zentralorgan der Katholiken Deutschlands", die „Germania", folgende bürberlichen Zeilen:

„Das bekannte Ballwerfen ist wieder im schönsten Betriebe. Nachdem einige Blätter im Westen und im Osten nach der Reihe ihr Verschen gegen die „Germania" heruntergesagt haben, kommt nun auch die „Schlesische Volkszeitung" in Breslau, die gleich „aufs Ganze" geht und der „Germania" flink und frei vorwirft, sie habe „schwere Vorwürfe gegen die Mitglieder der Zentrumsfraktionen ohne weiteres" übernommen. Wir würden uns selbst etwas zu vergeben glauben, wenn wir auch nur ein Wort der Verteidigung gegen diese ebenso unerhörte wie infame Beschuldigung verschwenden sollten — wir weisen sie einfach mit aller Schärfe zurück. Die „Schles. Zeitung" konnte übrigens die Beschuldigung nur mit Hilfe eines unehrlichen Manövers konstruieren. Jedes Wort der Kritik an diesem Taschenspielerkunststück könnte dessen Wirkung nur abschwächen. Mit dieser einen Unehrlichkeit aber läßt die „Schlesische Volksztg." sich noch nicht genügen, um ihrer Beschuldigung, die „Germania" habe „schwere Vorwürfe gegen die Mitglieder der Zentrumsfraktion ohne weiteres" übernommen, möglichst starken Nachdruck geben zu können, unterschlägt sie das entscheidende Moment, das die „Germania" zur Wiedergabe der Zurückweisung der ungehörigen Auslassung der „Pfälzer Zeitung" bestimmte: daß nämlich diese Zurückweisung von einer sehr zuständigen Stelle ausgegangen ist. Wir warnen ausdrücklich vor dieser unehrlichen, vergiftenden Art der Polemik, die am allerwenigsten ein Blatt sich aneignen dürfte, das den Zentrumsstandpunkt zu vertreten behauptet. Oder hält man in dem Julianischen Kampfe gegen die „Germania" jedes Mittel für zulässig?"

Die fromme „Volkszeitung" ist ob dieses Zentralbannstrahls ganz zerknirscht und stammelt einige hilflose Worte der Verteidigung. Ihre sonstige Kraft spart sie auf zu einem Artikel über den Sauherdenton der — Sozialdemokraten, natürlich!

Die Arbeitslosigkeit in Schlesien.

Bekanntlich fehlt es noch in Deutschland an einer einheitlichen und einwandsfreien Statistik über den Umfang der Arbeitslosigkeit. Einige Zahlen liefern die Krankenkassen, auch die Gewerkschaften führen Statistiken; doch werden dadurch längst nicht alle Arbeiter erfaßt. Einen umfassenden Einblick in die jetzige Arbeitslosigkeit gewähren die Einnahmen der Landesversicherungs-Anstalten. So verkaufte im Juni 1912 die Landesversicherungsanstalt Schlesien für 1 652 368,10 Mark Invalidenmarken, im Juni dieses Jahres dagegen nur für 1 584 881,56 Mark. Die Einnahmen aus der Invalidenversicherung sind also im Juni dieses Jahres um 67 486,54 Mark zurückgegangen.

Diese Zahlen lassen deutlich erkennen, daß die Arbeitsgelegenheit erheblich abgenommen hat, was für Tausende und Abertausende Not und Elend bedeutet.

Die Jahrhundert-Ausstellung.

Ausstellungs-Naturtheater.

Zum 20. und letzten Male geht heute Freitag abend Shakespeares Lustspiel „Was ihr wollt" in Szene. Das reizende Werk, das sich im Rahmen der Naturbühne ohne die sonst durch den Szenenwechsel erforderlichen Unterbrechungen abspielt, wird in den Hauptrollen von den Damen Fröhlich, Granz, Spieß und die Herren Bankel, Bruck, Gewinner, Lentz, Wilhelm, Zibale dargestellt. Morgen Sonnabend findet die Erstaufführung des lyrischen Dramas „König Renes Tochter" von Henrik Hertz, inszeniert von Herrn Lentz statt. Die Titelrolle spielt Fräulein Claire Fröhlich, die männlichen Rollen vertreten die Herren Antony, Bankel, Bruck, Gewinner, Zibale. Freitag und Sonnabend nachmittag gelangen Goethes Schäferspiel „Die Laune des Verliebten" und das Genrebild „Der Kurmärker und die Pikarde" von Schneider zur Aufführung.

Gartenbau-Ausstellung.

In der Zeit vom 16. bis 20. August wird die vierte Sonder-Ausstellung in den Ringbauten der mächtigen Jahrhunderthalle als Ausstellung für Blumenbindekunst veranstaltet. Die bekanntesten Firmen der größten deutschen Städte haben ihre Beteiligung zugesagt.

Zum Schlesiertage.

Heute Freitag und Sonnabend treffen die Sonderzüge ein, die Tausende von Schlesiern aus allen Teilen des Reiches für einige Tage nach Breslau führen, wo ihnen ein begeisterter Empfang bereitet wird. Den Höhepunkt der Veranstaltungen soll und wird das Festkonzert morgen abend 8 Uhr in der Jahrhunderthalle bilden. Karten sind im Verkehrsbureau Barasch zu haben.

Eine Postwertzeichen-Ausstellung

im Rahmen der Jahrhundert-Ausstellung wird vom 17. bis 24. August in Breslau veranstaltet. Die Ausstellung wird aus Deutschland und dem Auslande reich beschickt sein. Die Postwertzeichen werden gebraucht und ungebraucht ausgestellt.

* **Ein Kellerfeuer** entstand Donnerstag nachmittag um etwa 2 Uhr, in einem großen Kellerraum des Grundstücks Schuhbrücke 43, der mit Papierschnitzeln und sonstigen Papierabfällen der Buchdruckerei Nischkowsky angefüllt war. Das Feuer hatte eine gewaltige Rauchentwickelung. Da der Kellerraum nur nach einer Seite hin ganz kleine Fenster hat, konnte der Qualm schwer abziehen und drang meistens über die Kellertreppe in den Treppenflur. Die in den unteren Geschossen beschäftigten Personen der Druckerei mußten wegen des stickigen Dunstes, der in die Räume drang, flüchten; auch auf die Straße drang durch die Kellerfenster und durch die Eingangstür dicker Rauch, der ein großes Feuer vermuten ließ. Die Feuerwehr führte einen Schlauchgang durch den Hausflur über die Kellertreppe, konnte aber nur unter Anwendung der Rauchmaske an den Brandherd vordringen. Es wurde dabei festgestellt, daß einige Meter von der Brandstelle entfernt ein 50 Liter Benzinersatz fassender Blechballon im Kellerraum stand, dessen Explosion durch das Feuer ein großes Unglück herbeiführen konnte. Der leitende Brandmeister beseitigte sofort diese Gefahr, indem er mit Hilfe eines Feuerwehrmannes den Ballon hinausschaffte. Die Ursache des Brandes konnte bisher nicht ermittelt werden. Der durch das Feuer herbeigeführte Schaden ist unbedeutend. Die Feuerwehr hatte mit dem Ablöschen und dem Abräumen eine volle Stunde zu tun.

* **Selbstmord?** Mittwoch früh fand ein städtischer Gas- und Wassermesserableser am Strauchwehr Papiere, die auf den Namen Gottlieb Weigelt lauteten. Ob der Inhaber dieser Papiere sie dort verloren oder niedergelegt hat, um dann seinen Tod in der Oder zu suchen, ist bisher noch nicht festgestellt worden.

Feuer-Versicherungen.

Neben der Volksversicherung ist auch die Feuer-Versicherung für die Versicherungs-Gesellschaften stets eine Quelle reichlichen Gewinnes gewesen. Mehr noch als bei der Volksversicherung ist das Bedürfnis vorhanden, sich gegen Feuergefahr zu versichern. Nach den Angaben des kaiserlichen Aufsichtsamtes waren im Jahre 1906 vorhanden: 52 öffentliche Feuerversicherungsanstalten, 32 Feuerversicherungs-Aktiengesellschaften und 16 größere gegenseitige Privat-Feuerversicherungsanstalten. Diese 100 Gesellschaften hatten eine Jahreseinnahme von 519.513.000 Mark. Der Ueberschuß betrug 311.623.000 Mark.

Wie beim Volksversicherungswesen durch die „Volksfürsorge", so vollzieht sich auch beim Feuerversicherungswesen insofern eine Umwälzung, als die modernen Genossenschaften, zunächst für ihre Mitglieder, die Feuer-Versicherung in die Hand genommen haben. Bei der Uebernahme dieses Versicherungszweiges waren sich die leitenden Genossenschaftler von vornherein bewußt, daß die volkswirtschaftliche Bedeutung einer konsumgenossenschaftlichen Organisation des Feuerversicherungswesens weniger darin hervortreten wird, daß niedrigere Beitragssätze oder höhere Leistungen zugesichert werden, als vielmehr darin, daß eine Riesensumme von Ausgaben gespart wird, die heute als Nebenkosten von den Versicherten bezahlt werden und in die Taschen der Agenten und Generalagenten fließen.

Das Sekretariat des Konsum- und Sparvereins „Vorwärts" hat seit kurzem eine Agentur für Feuer-Versicherung und Einbruchsdiebstahlversicherung übernommen. Hier betragen die Gesamtkosten für einen Abschluß nur 65 Pfg. Was eine Organisation der Vermittelung von Feuerversicherungsverträgen auf dieser Grundlage für die Masse der Versicherungsnehmer bedeutet, davon kann sich jeder eine ungefähre Vorstellung machen, wenn aus der Praxis der bürgerlichen Agenten und Generalagenten einige Beispiele über die vielfach übliche Berechnung der Nebenkosten bekannt gegeben werden:

Hamb.-Bremer Feuer-Feuerversicherungs-Ges.-Prämie	12,00 Mk.	Genossenschaftliche Agentur	8,00 Mk.
Police und Schreibgebühr	2,00 „		0,65 „
Porto- und Agentengebühr	2,50 „		— —
	Zus. 16,50 Mk.		Zus. 8,65 Mk.

Die Versicherungssumme beträgt in diesem Falle 1684 Mark, die Versicherungsdauer fünf Jahre mit einem Freijahr.

Von derselben Gesellschaft die Police einer Versicherung auf ein Jahr:

Prämie	3,00 Mk.	Genossenschaftliche Agentur	3,00 Mk.
Police und Schreibgebühr	5,50 „		0,65 „
	Zus. 8,50 Mk.		Zus. 3,65 Mk.
Vaterländische Feuerversicher.-Sozietät, Rostock, Prämie	5,70 Mk.	Genossenschaftliche Agentur	2,50 Mk.
Gen.-Agenturgebühren	3,50 „	Police und Kosten	0,60 „
Aufnahmegebühr	3,00 „		— —
Porto	1,00 „		— —
	Zus. 13,20 Mk.		Zus. 3,15 Mk.

Hierbei handelt es sich um eine Versicherungssumme von 2403 Mark für ein Jahr. Der für ein Jahr gezahlte Betrag von 13,20 Mark hätte ausgereicht, um durch die genossenschaftliche Agentur eine Versicherung auf fünf Jahre abzuschließen, bei jährlicher Beitragszahlung. Aehnliche Beispiele könnten noch mehr angeführt werden, doch dürften die gegebenen vollauf genügen, um besonders den Arbeitern und Angestellten die Augen zu öffnen.

In den seltensten Fällen kümmern sich die Versicherten um die auf der Police vermerkte Kündigungsfrist. Da hat es die Versicherungsgesellschaft oder deren Agent sehr leicht, die Versicherung zu verlängern. Hat jemand die Kündigungsfrist verstreichen lassen, dann lasse er sich von dem Agenten nicht vorreden, daß die Versicherung unbedingt dieselbe Frist, fünf oder zehn Jahre, weiterlaufen müsse. In diesem Falle kann die Versicherung immer nur auf ein Jahr stillschweigend verlängert werden. In Zweifelsfällen wende man sich an den Lagerhalter oder das Sekretariat des Konsum- und Sparvereins „Vorwärts".

Mitglieder der Genossenschaft, die eine Versicherung abschließen wollen, werden ersucht, ihre Adresse in einer der Warenabgabestellen des Konsum- und Sparvereins „Vorwärts" abzugeben.

Aerzte und Krankenkassen.

In dem Kampf zwischen Aerzten und Krankenkassen hat der Reichskanzler durch eine wichtige Verfügung zugunsten der Krankenkassen eingegriffen. Diese Verfügung, die dem Handelsminister mit dem Ersuchen zugegangen ist, sie weiter bei den Aemtern und Kassen zu verbreiten, weist zuerst auf die Beobachtung der Krankenkassen hin, daß die großen ärztlichen Verbände, besonders der sogenannte Leipziger Verband, beabsichtigen, neue Verträge zwischen Aerzten und Krankenkassen möglichst im Spätherbst 1913 nach dem Muster des Aerztebundes abzuschließen. Die Kassen fürchten, daß vielfach bis zum 1. Januar 1914, wo die neue Krankenversicherung in Kraft tritt, eine Einigung mit den Aerzten nicht erreicht und die ärztliche Versorgung der Mitglieder nicht geregelt sein wird. Auf eine Bitte der Krankenkassen, hier helfend nach § 370 der R.-V.-O. einzugreifen, sagt nun der Reichskanzler in seiner Verfügung unter anderem:

„Soweit die Krankenkassen in der Tat ohne eigenes Verschulden außerstande sein sollten, ihren Mitgliedern am 1. Januar 1914 die gesetzlich vorgeschriebene Versorgung mit ärztlicher Hilfe zu gewähren, müssen sie allerdings in der Lage sein, sofort das für diesen bedauerlichen Fall notgedrungen vorgesehene Aushilfsmittel der Zubilligung eines erhöhten Krankengeldes anzuwenden; eine zeitliche Lücke, in der die Versicherten weder die ordnungsmäßige noch die außerordentliche Leistung ihrer Kasse zu erhalten vermögen, darf keinesfalls entstehen. Es ist daher geboten, daß alle Maßnahmen des § 370 a. a. O. schon rechtzeitig vor dem 1. Januar 1914 getroffen werden müssen, welche unmittelbare Anwendbarkeit seines materiellen Inhalts schon mit Beginn des 1. Januar 1914 sicherstellen. Hierzu bedarf es mindestens nach meiner Auffassung nicht des Erlasses einer kaiserlichen Verordnung der gedachten Art, vielmehr reichen dafür die bestehenden Vorschriften, insbesondere der Artikel 1 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung, vollkommen aus. Die Vorschriften dieses Einführungsgesetzes haben das Ziel im Auge, daß in dem Augenblick, mit dem die Reichsversicherungsordnung voll in Kraft tritt, bereits ausnahmslos alle diejenigen Einrichtungen geschaffen und diejenigen Maßnahmen getroffen worden sind, ohne welche das Gesetz nicht funktionieren kann. Hierhin gehört es, daß schon vor dem 1. Januar 1914 Organe vorhanden sein müssen, die für die Kasse die nötigen Verträge mit den Aerzten abschließen können und, soweit möglich, auch abschließen. Hierhin gehört es aber in gleicher Weise auch, daß jene Organe da, wo sie Verträge mit Aerzten zu angemessenen Bedingungen nicht rechtzeitig abschließen können und wo infolgedessen die ärztliche Versorgung der Kassenmitglieder für den 1. Januar 1914 gefährdet ist, rechtzeitig vor dem bezeichneten Tage die erforderlichen Schritte tun, um wenigstens die im § 370 der Reichsversicherungsordnung zugelassene Ersatzleistung gewähren zu können, und daß die dabei beteiligten Behörden ebenfalls rechtzeitig ihre erforderlichen Entscheidungen treffen."

Wo also den Kassen beim Abschluß neuer Verträge mit den Aerzten Schwierigkeiten entstehen, die dahin führen können, daß sie am 1. Januar 1914 keine Aerzte haben, da sind sie nach § 370 der R.-V.-O. durchaus berechtigt, selbständig vorzugehen und beim Oberversicherungsamt ein höheres Krankengeld für die Kassenmitglieder zu beantragen.

Kinder als Zeugen.

Wie bedenklich es manchmal ist, auf das Zeugnis von Kindern die Verurteilung eines Menschen zu stützen, zeigt erneut folgender Fall, der jetzt als Berufungsgericht die hiesige Ferienstrafkammer beschäftigte.

Wegen fahrlässiger Körperverletzung stand der Rollkutscher Johann Kreutziger im April dieses Jahres vor dem Schöffengericht. Nach der Aussage einiger Knaben sollte er am 3. Dezember 1912 auf der Hubenstraße den Handelsmann Karl Schöps überfahren und schwer an der einen Hand verletzt haben. Auf der Unglücksstelle selbst war eine Ermittelung des Kutschers nicht möglich gewesen; als aber eine halbe Stunde später der Wagen vor dem Konsumwarenlager auf der Herdainstraße abgeladen wurde, wollen die Knaben das Gespann und den Kutscher mit Bestimmtheit wiedererkannt haben. Da einige andere Umstände diese Angaben zu bestätigen schienen, wurde gegen Kreutziger Anklage erhoben. Er bestritt vor dem Schöffengericht, den Mann überfahren zu haben, und der Fahrbegleiter bestätigte seine Angaben. Da dieser jedoch der Unachtsamkeit des Kutschers mitschuldig erscheinen konnte und die drei sehr geweckten Jungen mit der größten Sicherheit ihre früheren Angaben wiederholten, so hielt ihn das Gericht als überführt. Wegen der Schwere der von ihm verschuldeten Verletzung lautete das Urteil auf drei Monate Gefängnis.

Kreutziger legte dagegen Berufung ein, und durch die bedeutend erweiterte Beweisaufnahme vor der Ferienstrafkammer gewann die Sache ein wesentlich anderes Aussehen. Es wurde unzweifelhaft festgestellt, daß der Unfall nachmittags um halb fünf Uhr passiert war. Ebenso sicher aber wurde erwiesen, daß Kreutziger erst um vier Uhr vom Hauptlager abgefahren war. Er konnte also mit der fast hundert Zentner schweren Fracht quer durch die Stadt in einer halben Stunde unmöglich bis auf die Hubenstraße gelangt sein. Außerdem gaben die Knaben an, der Wagen sei mit Körben beladen gewesen, während die Fracht im wesentlichen aus Mehlsäcken bestanden hat. Endlich hatten nach den Aussagen der Knaben im Augenblick des Unfalls zwei Männer auf dem Bock gesessen, während unzweifelhaft festgestellt werden konnte, daß der Begleiter des Kutschers hinten auf der Fracht gesessen habe. Es war demnach anzunehmen, daß Schöps von einem anderen Wagen überfahren worden ist und die Knaben, die wohl nach bestem Wissen und Gewissen ausgesagt, sich getäuscht haben mußten. Das Berufungsgericht hob deshalb das erste Urteil auf und sprach Kreutziger auf Kosten der Staatskasse frei.

* **Für das Wort „Streikbrecher" — zwei Wochen Gefängnis.** Wegen Beleidigung eines Droschkenkutschers mußte sich der Arbeiter Paul Mai vor dem hiesigen Schöffengericht verantworten. Der angebliche Beleidigte hielt sich eines Abends in einer Restauration auf der Kupferschmiedestraße auf, wo er sein Gefährt unbeaufsichtigt stehen ließ. Der Gaul soll auf den Bürgersteig getreten und nach vorübergehenden Fußgängern geschnappt haben. Das bewog den Mai, der gerade dort vorbeikam, in die Gastwirtschaft hineinzugehen und den Kutscher auf das unruhige Pferd aufmerksam zu machen. Dafür bekam er aber eine grobe Antwort zu hören. Als der Kutscher später das Lokal verließ, machte auf der Straße jemand den Zuruf „Streikbrecher". Erst daraufhin hat Mai laut gefragt: „So, ist das auch ein Streikbrecher?" Der Kutscher ließ nun den Namen des Angeklagten durch einen Schutzmann feststellen und stellte wegen Beleidigung Strafantrag. Das Urteil des Schöffengerichts lautete auf zwei Wochen Gefängnis. — Ja, wer das Wort Streikbrecher gebraucht, begeht nach der Ansicht unserer Richter ein schweres Verbrechen und muß ins Gefängnis. Wie oft haben wirs schon erlebt, daß die Schimpfworte Lump oder Schweinehund mit einigen Mark Geldstrafe gesühnt wurden.

* **Der Polizeisäbel.** Ein Arbeiter wurde eines Nachts von einem Schutzmann schlafend auf einer Promenadenbank angetroffen, von diesem wachgerüttelt und zum Weitergehen aufgefordert. Der Mann, der nicht ganz nüchtern war, drang auf den Beamten ein und zeigte sich sehr widerspenstig. Der Schutzmann zog darauf seinen Säbel und verletzte den Arbeiter. Am Donnerstag mußte sich der Arbeiter obendrein wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt vor dem hiesigen Schöffengericht verantworten. Die damalige Trunkenheit des Angeklagten wurde strafmildernd berücksichtigt. Das Urteil lautete auf dreißig Mark Geldstrafe.

* **Ein Kassierer wie er nicht sein soll.** Der Bauarbeiter Friedrich Budnik war Kassierer der hiesigen Zahlstelle des Bauarbeiterverbandes. Er unterschlug 35,85 Mk. eingezogene Beitragsgelder der Mitglieder, und zeigte durchaus nicht den guten Willen, die Unregelmäßigkeit durch bequeme Ratenzahlungen wieder gut zu machen. Das Schöffengericht verurteilte ihn am Donnerstag wegen Unterschlagung zu einem Monat Gefängnis, da Budnik wegen gleicher Vergehen schon bestraft ist.

Aus aller Welt.

Schweres Bootsunglück in Swinemünde.

Swinemünde, 7. August. Heute nachmittag ist das dem Swinemünder Schiffer Bauer gehörige Motorsegelboot „Friedrich Karl" während einer Spazierfahrt auf der Ostsee infolge einer heftigen Böe gekentert. In dem Boot befanden sich 22 Personen; von ihnen konnten nur fünf gerettet werden, die übrigen 17 ertranken. Nach einer anderen Meldung sollen nur 13 Personen ihr Leben eingebüßt haben. Genaue Einzelheiten über die Tragweite des Unglücks bezw. die Ursache desselben sind bis zur Stunde noch nicht bekannt. Unter dem Badepublikum, das zu Tausenden den Strand umlagert, entstand während der Katastrophe eine furchtbare Panik.

Wie das Unglück geschah.

Bei schönem Wetter hatten sich etwa 22 Badegäste aus Swinemünde zu einer Spazierfahrt in der Bucht von Swinemünde zusammengefunden. Sie hatten sich zu diesem Zwecke das von dem Fischer Bauer geführte, mit einem Benzinmotor ausgerüstete Segelboot „Friedrich Karl" gemietet. In rüstiger Fahrt bei [illegible] das Boot vom Strand und hielt auf die aus Anlaß des Kaiserbesuches in der Bucht liegende „Hohenzollern" zu, die es langsam umkreiste, worauf es seinen Kurs auf Heringsdorf zu nahm.

Inzwischen war die See unruhig geworden, und um möglichst schnell wieder zurückzukommen, lag wohl das Boot allzu fest am Winde, und als es etwa einen halben Kilometer vom Ufer entfernt noch einmal „über Stag" gehen wollte, wurde das Segel von einem plötzlichen Windstoße niedergedrückt und das Boot schlug um. Zum guten Teil scheint auch das Unglück von den Insassen selbst mit verschuldet zu sein. Die meisten von ihnen waren vielleicht noch nie in einem Segelboot gefahren, denn es entstand in dem Augenblick, als das Boot vom Winde auf die Seite gedrückt wurde, eine Panik, die dann zur endgültigen Katastrophe führte. Auch scheint das Boot überlastet gewesen zu sein. Die meisten Passagiere, Hals über Kopf von ihren Sitzen ins Meer geschleudert, versanken, noch ehe Rettung möglich war. Vom Ufer war das Kentern des Bootes bemerkt worden, und eine Anzahl Fischer eilten mit ihren Booten zur Hilfe. Auch zwei Motorboote fuhren sofort zur Unfallstelle. Leider konnten sie niemand mehr retten. Bei den zahlreichen Badegästen, die am Ufer Zeuge des Unfalls waren, entstand eine ungeheure Aufregung. Alles lief entsetzt durcheinander und suchte, einen mit dem Tode Kämpfenden Hilfe bringen zu können. Von allen Passagieren konnten sich nur fünf retten. Bisher wurden elf Tote geborgen, darunter Berliner. Nach den übrigen Vermißten wurde bis gestern spät abends gesucht. Die Bestürzung und Aufregung der Badegäste war ungeheuer. Es spielten sich am Strande herzzerreißende Szenen ab. Alle Vorstellungen sind abgesagt worden.

Die Toten.

Als erster Ertrunkener wurde der Landgerichtsrat Franke aus Berlin ans Land gespült. Trotz eineinhalbstündiger Wiederbelebungsversuche, die Matrosen der „Hohenzollern" und Badeärzte anstellten, gelang es nicht, ihn ins Leben zurückzurufen. Vermißt wird weiter sein zwölfjähriger Sohn; außerdem sind ertrunken: Kaufmann Georg Brahn, Berlin; Student Erwin Brahn, Berlin; Kaufmann Julius Goldemann, Berlin; Referendar Erwin Goldemann, Berlin; Student Willy Haack, Berlin; Student Blatt, Krakau; Fischer Bauer jun., Swinemünde; Goldschmied Borree, Spandau; Frau Hedwig Kampraath, Sachsen-Altenburg, sowie fünf weitere Personen, deren Namen noch nicht feststehen.

Das Bootsunglück auf dem Tegernsee.

Ueber das von uns in der gestrigen Nummer gemeldete Bootsunglück, das uns Breslauer noch besonders interessiert, da der ehemals an unserem Stadttheater tätige und noch jetzt bei allen Freunden des Gesanges sehr beliebte Tenor Leo Slezak dabei ebenfalls in die größte Gefahr geriet, werden noch folgende Einzelheiten berichtet: Der Tenorist Leo Slezak, der ein passionierter Segler ist, segelte mit Sturmfels und dem Frankfurter Intendanten Volkner auf seinem Segelboot „Sturmvogel", das angeblich so gebaut sein sollte, daß ein Kentern nicht erfolgen könnte, auf dem Tegernsee, als das Wetter sich plötzlich änderte und ein heftiger Wind aufkam. Die erste große Sturmwelle konnte das Boot noch aushalten, als aber die zweite Welle kam, kenterte es und alle drei Insassen fielen ins Wasser. Sturmfels geriet hierbei unter das kenternde Boot und erhielt einen schweren Schlag auf den Kopf. Er sank sofort unter. Slezak und Volkner konnten sich beide schwimmend 15 bis 20 Minuten über Wasser halten und schwammen mit aller Kraft dem Ufer zu. Auf der Schwimmschule in Tegernsee hatte man den Unfall bemerkt, konnte jedoch keine Hilfe mehr bringen. Später gelang es dann, Slezak und Volkner in Booten zu bergen. Beide sind unverletzt. Slezak muß jedoch heute noch das Bett hüten. Die Leiche Sturmfels' konnte erst heute morgen geborgen werden.

Von anderer Seite wird noch berichtet: Als Slezak mit seinen Gästen von seiner Villa absegelte, begegnete ihm unterwegs der Dichter Ganghofer in seinem Motorboot. Ganghofer warnte die Segler, da ein Gewitter aufkomme. Diese Warnung wurde jedoch nicht beachtet. Als der Sturm losbrach, wendete Ganghofer und folgte dem Slezakschen Boote, als er plötzlich von der anderen Seite des Sees Hilferufe hörte. Dort war ein anderes Segelboot mit einem Herrn und einer Dame in Not geraten, und Ganghofer fuhr dorthin und rettete die Insassen. Während er sie an Land brachte, ereignete sich das Unglück mit dem Slezakschen Boote. Slezak, der inzwischen mit dem Intendanten Volkner an Land geschwommen war, traf Ganghofer und bat ihn, noch einmal mit hinauszufahren, da Sturmfels noch draußen schwimme. Als sie an die Unfallstelle kamen, war der Sänger aber bereits ertrunken. Der Tod des Sängers ist um so tragischer, als er sich erst vor einigen Tagen verheiratet hatte und auf der Hochzeitsreise in Tegernsee weilte.

Slezak ist durch das Unglück, das seinen Freund betroffen hat, völlig niedergebrochen. Mit Friedrich Sturmfels verliert die deutsche Bühne einen ihrer besten Operettentenöre.

Noch ein schweres Bootsunglück. Der Schwielowsee bei Berlin war am Donnerstag der Schauplatz eines tragischen Unfalles, dem drei Berliner zum Opfer fielen. Der Oberlehrer Wassermann, dessen Sohn und der Lehrer Sommer stürzten bei einer Bootspartie ins Wasser und ertranken, während eine Berlinerin und vier mitfahrende Kinder gerettet wurden.

Flieger und Meteor. Die zur Zeit der großen Sternschnuppenfälle im August niedergehenden Meteore haben am Mittwoch abend gegen 8 Uhr den Flieger Stoeffle in ernste Gefahr gebracht. Gegen Abend sollte, wie die „Tgl. Rdsch." berichtet, der Flieger Stoeffle mit einem neuen Albatros-Pfeilbopeldecker einen Probeaufstieg machen und flog deshalb mit Leutnant v. Brederlow von Johannisthal ab. Ueber Berlin machte der Flieger einige Kurven und Schleifen und wollte dann in 1500 Meter Höhe über Neukölln zurückkehren. Plötzlich hörten die beiden Insassen über sich ein scharfes Zischen und Sausen und im nächsten Augenblick fuhr ein Meteor dicht vor dem Albatros-Doppeldecker in die Tiefe. Trotz der großen Geschwindigkeit des Flugzeuges verspürten Stoeffle und sein Fahrgast deutlich den ungeheuren Luftdruck des vorübersausenden Meteors. Da beide jedoch wenig Lust verspürten, eventuell noch einmal einem „himmlischen Flugzeug" zu begegnen, kehrten sie nach Johannisthal zurück, wo sie glatt landeten.

Der Fall, daß Menschenleben durch Meteorsteine in Gefahr gebracht werden, gehört immerhin zu den größten Seltenheiten.

Die Einschränkung des Kindersegens.

Die deutschen Anthropologen haben sich auf ihrem Nürnberger Kongreß eingehend mit der Frage des Geburtenrückganges in Deutschland befaßt. Bei dieser Gelegenheit wurde die Behauptung aufgestellt, daß die Zahl der kriminellen Fehlgeburten in Deutschland fast ebenso groß sei wie in Frankreich, wo sie nach den Berechnungen Lacassagnes in Lyon etwa 500 000 im Jahre betrage. Dieser Rechnung fehlt jede zuverlässige Grundlage.

Was heißt überhaupt „kriminelle Fehlgeburt"? Nach deutschem Strafrecht wird mit Zuchthaus oder mit Gefängnis bestraft „eine Schwangere, welche ihre Frucht vorsätzlich abtreibt oder im Mutterleibe tötet". Das Reichsgericht geht bekanntlich in der Anwendung dieser Bestimmung sehr weit, trotzdem dürfte aber die Zahl der kriminellen Fehlgeburten — einschließlich der Fehlgeburten, die nicht strafrechtlich verfolgt werden — viel zu hoch angenommen sein. Selbst wenn man den Begriff der Schwangerschaft sehr weit zieht, wird man doch die Fälle einfacher Empfängnisverhütung nicht als Abtreibung im kriminellen Sinne ansehen können. Sonst käme man beinahe dahin, die Reinlichkeit und Gesundheitspflege zu bestrafen. Als „kriminell" sind ferner nicht anzusehen, alle die ärztlichen Eingriffe, die mit Rücksicht auf den Gesundheitszustand oder sogar die Lebensgefahr der Mutter geschehen. Diese Eingriffe sind berechtigt und bedeuten keine Abtreibung im Sinne des Strafrechts.

Es ist vielfach behauptet worden, daß die Aerzte — vor allem in den Großstädten — darin oft die Grenze des gesetzlich Zulässigen hart streifen. Damit tut man den Aerzten in ihrer Gesamtheit zweifellos Unrecht. Der Arzt, der [illegible] Operationen dieser Art vornimmt, setzt sich der Zuchthausstrafe und völliger Vernichtung seiner bürgerlichen Stellung aus. Es mag allerdings vorkommen, daß die verzärtelten Frauen unserer „besseren" Kreise, die wohl Kinder ernähren können, aber keine Lust haben Kinder zu gebären, eine unerlaubte Hilfe erhalten. Dies tun sie jedoch weniger bei Aerzten als vielmehr bei „weisen Frauen" oder in ausländischen Kliniken. Besonders Belgien, das keine strenge Bestrafung der Abtreibung kennt, ist das Reiseziel solcher Frauen. Belgische Aerzte und Hebammen bieten ihre Dienste recht deutlich in westdeutschen Blättern den „Damen besserer Stände" an.

Die harten Strafbestimmungen des deutschen Reichs-Strafgesetzbuchs sollten — nach den Absichten des sogenannten Professorenentwurfs — bei der kommenden Strafrechtsreform etwas gemildert werden. Bekanntlich haben sich zahlreiche juristische und medizinische Autoritäten für eine gänzliche Beseitigung dieser Vorschriften ausgesprochen. Es sollte wenigstens dem Arzte erlaubt sein, auf Wunsch der Frau einen solchen Eingriff vorzunehmen. Unzählige Frauen und Mädchen, die heute noch gewissenlosen und unkundigen Pfuschern in die Hände getrieben werden, könnten dadurch vor großem Schaden und vielfach vor lebenslänglichem Siechtum bewahrt werden.

Es ist freilich wenig Aussicht auf eine solche Regelung vorhanden. Vielmehr muß man annehmen, daß die Regierung alles daran setzt, um die Bestimmungen in ihrer heutigen Schärfe aufrecht zu erhalten. Man glaubt auf diese Weise alles getan zu haben, um einen weiteren Geburtenrückgang zu heben. An eine Beseitigung der wahren wirtschaftlichen und sozialen Ursachen des Geburtenrückganges denkt man gar nicht.

---

* **Zum Ausbau der Breslauer Domtürme** wird gemeldet, daß die Gerüstbauten vom Baugeschäft Dickert ausgeführt werden. Die Turmbekrönung wird an ihrem Grunde von einer Sandsteingalerie umgeben werden; eine 10 Meter darüber angebrachte Durchsicht wird mit 1,5 Meter hohen Fialen verziert. Die Sandsteinarbeiten führt die Firma Künzel und Hiller aus, die auch die übrigen Bildhauerarbeiten an dem Nordturme ausgeführt hat. An dem Südturm haben vor kurzem die Wiederherstellungsarbeiten begonnen. Erst nach ihrer Beendigung wird man an das Aufsetzen der Spitze herangehen. Die neuen Helmspitzen werden 27 Meter hoch sein und auf ihrer äußersten Spitze ein vergoldetes Kreuz tragen.

Aus dem 17. Jahrhundert ist ein Fall bekannt, daß ein deutscher Matrose auf einem Kauffahrteischiff in der Nähe der Bermudasinseln von einem Meteorstein erschlagen wurde.

Von glühendem Stahl verbrannt. Ein furchtbares Unglück hat sich in einer Fabrik in Bilbao (Spanien) ereignet. Als Arbeiter mit Schmelzen von Stahl beschäftigt waren, fiel ein Gefäß um, die flüssige Masse ergoß sich über die Arbeiter. Einige Arbeiter, die genaue Zahl steht noch nicht fest, konnten nur als Leichen von der Masse befreit werden. Zwei Arbeiter liegen schwer verbrannt danieder, während eine größere Anzahl leicht verletzt wurde.

Erst fünf Jahre Zuchthaus — dann Freisprechung. Erfolgreiche Berufung hatte ein Soldat des in Weißenburg garnisonierenden Infanterie-Regiments beim Oberkriegsgericht eingelegt. Er war von der ersten Instanz zu einer Zuchthausstrafe von fünf Jahren und Ausstoßung aus dem Heere verurteilt worden, weil er einen Veteranen, der die Schlachtfelder besuchte, überfallen haben sollte. Das Oberkriegsgericht konnte sich von der Schuld des Angeklagten, der unter lautem Schluchzen fortgesetzt seine Unschuld beteuerte, nicht überzeugen und sprach ihn frei.

Der Mutter Rache. Der „Frankf. Ztg." wird aus New York berichtet: Vorgestern wurde der Lokomotivführer Lewis Faber in seiner Wohnung in Philadelphia tobsüchtig und versuchte, seine Frau und seine drei Kinder zu ermorden. Dann schoß er sich selbst eine Kugel in den Kopf. Bis Anfang Mai war der Mann geistig vollständig gesund gewesen. Dann hatte er das Unglück, an einer Straßenkreuzung einen sechsjährigen Knaben zu überfahren, der seinen Verletzungen erlag. Den Mann traf, wie die Behörden konstatierten, keine Schuld, nichtsdestoweniger begann jetzt die Mutter des Knaben sich zu der Zeit, da Faber die Kreuzung passierte, dort aufzustellen und mit erhobenem Arm und ausgestrecktem Zeigefinger auf ihn zu deuten. Tag für Tag stand die ganz in Schwarz gekleidete Frau dort, immer auf Faber deutend, so lange die Lokomotive in Sicht war. Daß die Fahrten des Mannes geändert wurden, schien nichts zu helfen, die stumme, unbewegliche Nemesis stand immer an ihrem Platze, den anklagenden Finger ausgestreckt. „Er hat meinen Sohn, mein einziges Kind getötet", erwiderte die Frau auf Vorhaltungen, daß dem Lokomotivführer keine Schuld beizumessen sei. Dieser wurde schwermütig. „Die Frau treibt mich zum Wahnsinn", pflegte er zu sagen, „ich will nicht hinsehen und muß doch hinsehen, ein innerer Drang treibt mich." Der Mutter Rache ist jetzt vollständig; der ihren Sohn getötet hat, ist nun auch tot.

* **Einem eigentümlichen Sport** scheint der jugendliche Hausdiener W. in Breslau zu huldigen, denn er schlägt mit Vorliebe Fensterscheiben ein. Er ist deshalb bereits mit einem Monat Gefängnis vorbestraft. Vor einigen Wochen warf er im Uebermut mit Steinen in die Fenster des alten städtischen Schlachthauses und zerstörte dadurch eine Holzverschalung, die statt der Glasscheiben in einem Fensterrahmen steckte. Das Schöffengericht erblickte darin Sachbeschädigung und verurteilte den Hausdiener zu zwei Wochen Gefängnis.

* **Tödlicher Sturz eines Kindes aus dem Fenster.** Am Donnerstag abend um etwa 8 Uhr ist der 4jährige Sohn des Matthiasstraße 171 wohnenden Arbeiters Lichnet aus einem Fenster der Wohnung im 3. Stock in den Hof gestürzt und hat sehr schwere Verletzungen erlitten. Die herbeigerufenen Samariter der Feuerwehr schafften den Knaben ins Allerheiligen-Hospital, wo er heute früh gestorben ist.

* **Drei Straßenräuber gefaßt.** In der vergangenen Nacht ist einem hiesigen Kaufmann auf der Schweidnitzerstraße die goldene Uhr nebst Kette durch drei Burschen entrissen worden. Sie kamen zusammen den Bürgersteig der Straße entlang. Nachdem sie einen ihnen entgegenkommenden Herrn angefallen, und, da er sich wehrte, mißhandelt hatten, wandten sie sich gegen den genannten Kaufmann, der aus der Dorotheengasse herauskam und herbeieilte, um dem Angefallenen Hilfe zu leisten. Die drei Burschen ließen von diesem ab, umringten den Kaufmann und während sie allerlei Redensarten führten, entriß der eine von ihnen dem Kaufmann die goldene Uhr mit Kette, reichte sie schnell einem zweiten, der damit Reißaus nahm. Die beiden anderen traten nun recht dreist auf, behaupteten, von der Uhr nichts zu wissen und begleiteten den Kaufmann zur Polizeiwache. Hier in die Enge getrieben, gestand dann der eine von ihnen den Diebstahl ein und gab den Namen des Burschen an, der sie an sich genommen hatte. Dieser, der auf der Kupferschmiedestraße wohnende Haushälter Franz Bieneck, wurde heute früh aus dem Bette heraus festgenommen; die gestohlene Uhr mit Kette ist bei Durchsuchung seiner Wohnung gefunden worden. Die beiden Mittäter, ein Hausdiener und ein gewisser Paul Fiedler, sind ebenfalls festgenommen worden.

* **Schuldiebstahl.** Aus dem Flur der Volksschule auf der Kletschkaustraße wurde vom Kleiderrechen der Hut eines Schülers gestohlen.

* **Diebstahl durch ein Sparkassenbuch.** Einer Maurersfrau auf der Weinstraße ist im Laufe der letzten Zeit ihr Sparkassenbuch aus der Wohnung zu drei verschiedenen Malen gestohlen worden, um darauf einen Betrag von zusammen 105 Mk. abzuheben; das Buch ist dann jedesmal wieder an seinen alten Platz zurückgelegt worden.

Vereine und Versammlungen.

* **Vier große wissenschaftliche Lichtbildervorträge** von der Vereinigung für hygienische Aufklärung (Dr. med. Thümmel und Richter) werden veranstaltet abends 8½ Uhr: Montag, den 11. August (für Herren), Mittwoch, den 13. August (für Damen) im Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17 (großer Saal), und Dienstag, den 12. August (für Herren), Donnerstag, den 14. August (für Damen) im „Kronprinzen", Westendstraße 50/52. Die Vortragenden sprechen über Geschlechtskrankheiten, Ursache, Wirkung und Heilung nebst Ehrlich-Hata 606. Diese überaus wichtigen Vorträge, wobei sämtliche geschlechtlichen Leiden und ihre Erreger bei Männern und Frauen in Lichtbildern vorgeführt werden, haben in allen Großstädten Deutschlands die größte Aufmerksamkeit erweckt. Wegen der furchtbaren Gefahren, die geschlechtliche Leiden nach sich ziehen, ist die Aufklärung für alle Stände und Berufsklassen als überaus notwendig zu bezeichnen. Ganz besonders dürfte es von der Allgemeinheit mit größtem Danke begrüßt werden, daß auch über das neue Heilmittel (Salvarsan) — das überall im Kampfe gegen die Syphilis das größte Aufsehen erregt hat — auch in unserer Stadt wissenschaftliche und allgemein verständliche Belehrungen für jedermann geboten werden. Da ein starker Andrang zu erwarten ist, dürfte es rätlich sein, sich jetzt schon eine Vorzugskarte zu 20 Pfg. in den meisten Gewerkschaftsbureaus zu lösen. Wir bitten alle Genossen, für Massenbesuch zu sorgen. An der Kasse werden Vorzugskarten zu 20 Pfg. nur gegen Vorzeigen des Verbandsbuches abgegeben. Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Breslau.

---

* **Die Arbeiter-Samariter-Kolonne** feiert am kommenden Sonntag im großen Saale des Gewerkschaftshauses ihr zweijähriges Bestehen. Das Programm besteht in Tanz, Gesangs- und humoristischen Vorträgen, einer Blumenpolonaise, in Schnellmalerei usw. Der Eintritt kostet 15 Pf.

* **Schauspielhaus.** Die lustige Posse „Filmzauber" erhält heute eine Neubesetzung. Herr Brunner, der beliebte, jugendliche Buffo der hiesigen Operette, übernimmt für eine Anzahl von Vorstellungen die Rolle des „Musenfett". Die übrige Besetzung bleibt wie bisher.

Kleine Notizen.

— Das älteste Dokument über die Erschaffung der Welt. Wie aus New York gemeldet wird, ist Dr. Arno Poebel mit der Uebersetzung einer Tafel fertig geworden, die sich im Besitz der Pennsylvania-Universität befindet und vor einigen Jahren in Nippur ausgegraben wurde. Die Tafel stammt aus der Regierungszeit von Hammurabi, die etwa auf die Zeit um 7000 vor Christi Geburt zu setzen ist. Der Inhalt liest sich wie eine neue Genesis mit dem Unterschied, daß als Schöpfer der Welt nicht ein Gott, sondern eine Göttin beschrieben wird.

Poebel, der jetzt mit einer nochmaligen Durchsicht seiner Uebersetzung beschäftigt ist, sagt, die Aufzeichnung beschreibe ganz klar eine Göttin und spreche von zwei verhältnismäßig weniger wichtigen Göttern. Die Universitätsbehörden sind mit dem Uebersetzer darin einig, daß die Tafel die älteste Erzählung von der „Schöpfung der Welt" gibt und zugleich eine wunderbare Schilderung der Zivilisation um das Jahr 7000 vor Christi Geburt.

— Der Kongreß zur Bekämpfung des Krebses, der eben in Brüssel stattfand, war von Vertretern von 20 Staaten beschickt. Aus den Verhandlungen ist bemerkenswert die Theorie des Schweizer Arztes Odier, der gegenüber der chirurgischen Theorie die Heilungsmöglichkeit durch Impfung verteidigte. Prof. Didier aus Kopenhagen teilte mit, daß es ihm gelungen sei, im Organismus von Mäusen, Ratten, Vögeln und Fischen künstliche Krebsgeschwülste zu erzeugen. Diese auch sonst beobachtete Tatsache ist für die Krebsforschung deshalb von größter Bedeutung, da man dadurch in die Lage versetzt ist, an den geimpften Tieren die Entwickelung der Krankheit genau zu verfolgen, und Mittel zu ihrer Bekämpfung zu erproben.

— Vorgeschichtliche Funde in Ekuador. Wichtige Entdeckungen aus der Zeit vor den Incas hat Professor Seaville von der Columbia-Universität bei Ausgrabungen in der Provinz Esmeraldas in der Republik Ekuador gemacht. Es gelang ihm, einige Gräber aufzudecken, die Skelette der Ureinwohner des Landes enthielten. Sie lassen auf eine bemerkenswert hohe Kultur schließen. Die Schädel weisen gut erhaltene Gebisse mit Goldplomben und durch Goldspangen zusammengehaltene künstliche Zähne auf, die selbst hinter den Arbeiten der modernen Zahntechnik nicht zurückstehen sollen. Einzelne Vorderzähne sind mit Ornamenten aus Goldfiligran geschmückt. Auch die in den Gräbern vorgefundenen Werkzeuge und Waffen lassen auf einen hohen Grad handwerklicher Technik schließen.

Neueste Nachrichten.

Die Türken bestehen auf Adrianopel.

Paris, 8. August. Der „Matin" meldet aus Konstantinopel: Der gestrige Schritt der Botschafter der Großmächte bei der Pforte in der Adrianopelfrage hat bei der Pforte wenig Eindruck gemacht. Ein sofort abgehaltener Ministerrat beschloß, seine früheren Entschließungen aufrechtzuerhalten. Die zweifelhaften Elemente bei der Armee sind entfernt worden. Die Regierung sagt, das Schicksal Adrianopels liege in den Händen der türkischen Armee.

Zum Bootsunglück in Swinemünde.

Berlin, 8. August. Zur Bootskatastrophe bei Swinemünde läßt sich die „Vossische Zeitung" melden, der Bootsführer habe erzählt, daß das Boot gekentert sei, weil die Insassen von Spritzern getroffen wurden und trotz seiner Warnung auf die andere Seite stürzten und dadurch das Boot aus dem Gleichgewicht brachten. In dem Augenblick, als sich der Kahn auf die Seite legte, entstand eine furchtbare Verwirrung. Alle Fahrgäste stürzten ins Meer, die mit den Wellen Ringenden versuchten, soweit sie nicht schwimmen konnten, sich am Segelwerk und am Rumpf des Bootes anzuklammern.

Nur mit Mühe konnten die Unglücklichen, die ihre Angehörigen nicht zurückkommen sahen, dazu veranlaßt werden, die Brücke zu verlassen. Der Trauer in Swinemünde gesellte sich, dem „Lokal-Anzeiger" zufolge, starker Unwille zu, da man, ähnlich wie im Vorjahre bei der Brückenkatastrophe in Binz, die Badeverwaltung beschuldigt, daß sie nicht genügende Rettungsmaßregeln getroffen hat. Wie im Vorjahre sei es auch in diesem wiederum unsere Kriegsmarine gewesen, die rasch und tatkräftig Hilfe leistete, nämlich die Bemannung der „Hohenzollern", die auch Sauerstoffapparate mitbrachte. Ein Gerettet er erzählte, etwas Grauenhafteres, als die Schreie, als sich das Unglück ereignete, habe er in seinem Leben nicht gehört. Als der verunglückte Landgerichtsrat Franke aus Berlin gefunden wurde, schlang man um den Körper des noch Lebenden eine Leine, die über der Brust befestigt war, das andere Ende wurde an dem Rettungsboot befestigt, das Franke aufgefunden hatte. Statt daß man den Körper, in dem sich noch Leben befand, sofort in das Boot genommen hätte, schleppte man ihn von der Auffindungsstelle bis an den Brückenkamp im Wasser. In dem Moment, als das Rettungsboot anlegte, eilte ein Obermaschinistenmaat von der „Hohenzollern" herbei, um Franke aus dem Wasser herauszuholen. Der Brückenwärter verweigerte dem Maat den Zutritt zur Brücke, weil er nicht im Besitz einer Karte (!) war. Erst am Brückenkopf konnte der Maat den Franke aus dem Wasser holen und stellte Wiederbelebungsversuche an, die aber jetzt erfolglos blieben.

In einer Protestversammlung, die auf heute vormittag einberufen ist, sollen die Einzelheiten besprochen werden.

Ein deutscher Luftschiffhafen in Dänemark?

Kopenhagen, 8. August. Wie die „National-Tidende" mitteilt, hat der Agent einer deutschen Luftschiffahrtsgesellschaft sich an den Gutsbesitzer Rasmussen in Strandholm gewendet, um ein größeres Areal zur Anlegung eines Luftschiffhafens und Uebungsplatzes für Luftschiffe zu erwerben. Das Areal befindet sich nur einen Kilometer östlich von dem Hafen Rodby, der als dänischer Uebergangspunkt für die beabsichtigte Route nach der Insel Fehmarn dienen soll.

Unwetterschäden.

Bukarest, 8. August. Die ganze Nacht wütete ein furchtbarer Orkan im Unger-Komitat. Die Flüsse und Bäche sind aus ihren Ufern herausgetreten, alle Eisenbahndämme sind zerstört worden. Einzelne Ortschaften sind unter Wasser gesetzt und vom Bahnverkehr abgeschnitten. Die Gegend zwischen Csap und Munkacs gleicht einem Meere. Etwa 186 Häuser sind in verschiedenen Ortschaften eingestürzt. Zahlreiche Verluste an Menschenleben sind zu beklagen. Die Stadt Satoralja Ujhely ist zur Hälfte überschwemmt. Auch hier sind mehrere Häuser eingestürzt. Militär rettete die Einwohner aus den Trümmern.

Aus einer frommen Gemeinde.

Paris, 8. August. Der Prozeß gegen die wegen Ermordung des Priesters Chassaing angeklagte Schriftstellerin Crespy ist reich an sehr merkwürdigen Zwischenfällen. Das Publikum mischt sich mit lauten Rufen in die Verhandlung. Besonders beteiligten sich hierbei die „Damen" von Agen, die voll Wut gegen die Crespy sind. (Jedenfalls aus Eifersucht). Die Haltung der Angeklagten kann allerdings keine Sympathie erwecken. Ein wüstes Gemisch von Religiosität und Sinnlichkeit tut sich da auf. Dazwischen marschiert die Reihe der nicht geistlichen Liebhaber auf, Musiklehrer, 17jährige Jünglinge usw. Der Prozeß ist übrigens vom Vorsitzenden so unklar geführt worden, daß er sicher der Kassation verfallen wird.

Keine Unterstützung Castros.

New York, 8. August. Die Regierung in Washington verbietet die Ausfuhr und Lieferung von Waffen und Munition für Castro. — Aus Wilhelmstadt wird ein weiteres Umsichgreifen der von Castro angezettelten Revolution gemeldet.

Die chinesische Revolution.

Kanton, 8. August. Die Lage ist hier sehr ernst. Man denkt daran, die englischen Truppen, die die Vorstadt Schemi besetzt halten, zu verstärken. Aus Schanghai wird gemeldet, daß General Sin-Fu Tsecao der Kommandant der rebellischen Gardetruppen, das Fort Wusong besetzt hält und die ihnen gebotene Schlacht angenommen hat. Er rückte aus und besetzte die Schule, wurde dann aber nach blutigem Kampfe, der über eine Stunde dauerte, zurückgeworfen. In diesem Kampfe fielen dreitausend Mann. (?) Infolge der vielen Kämpfe und Desertionen ist die Besatzung des Forts so zusammengeschmolzen, daß die Uebergabe des Forts bald erwartet wird. Einige Kreuzer, die von Norden gekommen waren, beschossen die Festung, richteten allerdings nur wenig Schaden an.

Frauenbewegung.

Die Zahl der weiblichen Parteimitglieder ist, wie aus dem Bericht des Parteivorstandes hervorgeht, vom Juli 1912 bis März d. J. um 10 744 gestiegen. Die Partei zählt jetzt 141 115 Frauen als Mitglieder. Der Zuwachs betrug im vergangenen Jahre 8,2 %. Die Zahl der männlichen Mitglieder stieg nur um rund 2000 auf 841 785 oder um 0,23 %. An dem Gesamtmitgliederzuwachs der Partei von 1,8 % sind also vornehmlich Frauen beteiligt. In einzelnen Agitationsbezirken hatten auch die Frauen eine Mitgliederabnahme zu konstatieren, so in Westpreußen, Oberlausitz, Magdeburg, Halle a. S., Hannover, im Saargebiet, in der Pfalz, in Mecklenburg, in Sachsen-Altenburg. Doch wurden davon nur 9 Bezirke betroffen, während einen Rückgang der Gesamtmitgliederzahl 15 Bezirke verzeichnen mußten. Jedenfalls zeigen diese Zahlen, daß trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Konjunktur die Agitation unter den Frauen durchaus wirksam gewesen ist und gute Aussichten auf weiteren Erfolg hat. — Hinzuzufügen wäre noch, daß der Abonnentenstand der „Gleichheit" von 94 508 Ende 1911 auf 112 000 im März d. J. gestiegen ist.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Brieg, 8. August. Achtung, Gewerkschaftler, Genossenschaftler und Parteigenossen! Das Material für die Volksfürsorge ist jetzt eingetroffen. Die Funktionäre und Unterkassierer der Gewerkschaften können ihre Tätigkeit für die Gewinnung von Mitgliedern für die Volksfürsorge nunmehr in vollem Umfange aufnehmen Bei der großen Zahl von gewerkschaftlich, politisch und genossenschaftlich organisierten Arbeitern muß es ein leichtes sein, in kurzer Zeit mehrere hundert Personen der Volksfürsorge zuzuführen. Um noch einmal allen Interessenten die Vorteile der Volksfürsorge vor Augen zu führen, findet Sonnabend, den 9. August, abends 8 Uhr, im Saale des „Weinberg" eine Versammlung statt, zu der jedermann eingeladen ist. Redner ist Genosse Winzer-Breslau. Flugblätter und Prospekte können Georgstraße 4 in Empfang genommen werden.

Neurode, 8. August. Aufgespießt. Ein aufregender Vorfall spielte sich an der Kolonie Goldgraben bei Schlegel ab. Als dort die Frau des Stellenbesitzers Hoffmann einen Stier auf der Straße entlang trieb, wurde das Tier plötzlich störrisch und ging wütend auf die Frau los. Er spießte die Frau auf seine Hörner, schleuderte sie mehrfach zu Boden und trat mit den Hufen auf die Unglückliche ein. Erst als Hilfe nahte, konnte die Schwerverletzte, der die Kleider in Fetzen vom Leibe hingen, befreit werden.

Reichenbach, 8. August. Meidet den Schnaps. Welche Wirkungen der übermäßig genossene Schnaps verübt, das konnte man wieder einmal am Montag mittag auf dem Ringe und mehreren anderen Straßen beobachten, wo vier Angetrunkene sich in schamloser Weise, insbesondere gegen weibliche Personen, gebärdeten. Da Polizei nicht alsbald zur Stelle war, so erfolgte die Sistierung erst nach einiger Zeit. Dieser Fall zeigt wieder einmal, daß man dieses gefährliche Gift — des Schnapses — durchaus meiden soll.

Hirschberg, 8. August. Verworfene Revision. Das Reichsgericht hat die Revision des Arbeiters Adalbert Meichsner verworfen, der vom hiesigen Schwurgericht am 21. Juni wegen Totschlags zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden ist. Meichsner hatte in der Nacht zum 16. November vorigen Jahres die Witwe Dreher in Langhelwigsdorf, Kreis Bolkenhain, bei einem Einbruchsdiebstahl überfallen und getötet.

Seitenberg, 8. August. Beim Spielen ertrunken. Die vierjährige Tochter Ida des Glasschleifers Friedrich Bartsch aus Gompersdorf fiel nachmittags beim Spielen in die Biele und ertrank.

Glogau, 8. August. Orden für Jungdeutschland. Das Neueste auf dem Gebiete der militärischen Jugendspielerei ist sicher eine Ordensverleihung „für Tapferkeit im Kriege" an die Jungdeutschlandmänner. Am vergangenen Sonntag fand hier von den vereinigten Jungdeutschlandmännern eine „mörderische Schlacht" unter Führung eines aktiven Leutnants und eines Kaplans statt, bei der es, wie der hiesige „Anzeiger" berichtet, auch viele „Leichen" gab. Nach der „mörderischen" Schlacht, die mit der „vollständigen Vernichtung" des Feindes endete, erfolgte die Kritik durch den Leutnant und darauf eine — Ordensverleihung.

Diesem „großartigen militärischen Schauspiel" wohnte auch ein aktiver General der Kavallerie als Zuschauer bei.

Neben der Ordensverleihung hätte es doch in unserem Zeitalter ein erhebendes Bild gegeben, wenn der Herr Kaplan auf dem „Schlachtfelde" gleich eine Messe für die Opfer des Krieges gelesen hätte. Bei uns ist doch alles möglich.

Glogau, 8. August. Ein Einbruchsdiebstahl wurde in der Nacht vom 2. zum 3. August beim Handelsmann Oskar Franke, Domkirchplatz 4, verübt. F. befand sich zur angegebenen Zeit mit seiner Frau beim Schützenfest in Rawitsch. Dem Diebe fiel ein Betrag von 500 Mk. in die Hände. 50 Mark sind zu verdienen für den, der dem Bestohlenen wieder zu seinem Gelde verhilft.

Jauer, 8. August. Die Anhänglichkeit der Schwalben hatte ein Stellenbesitzer in Willmannsdorf, Kreis Jauer, Gelegenheit, zu beobachten. In seinem Kuhstall waren vor einiger Zeit die eisernen Träger geborsten, sodaß sich die Wölbung der Decke senkte. Um die nötigen Reparaturen bewerkstelligen zu können, mußte das Vieh in eine benachbarte Stallung gezogen werden. Nun brütete aber in dem Stall ein Schwalbenpärchen, dem es absolut nicht mehr gefallen wollte, als die Kühe fortgebracht waren. Die Tierchen suchten fortgesetzt nach ihnen und kümmerten sich nicht mehr um ihre Eier; nach einigem Suchen hatten sie denn auch die Kühe wieder gefunden und flogen zwitschernd in der neuen Behausung hin und her. Nun kam ihnen der Besitzer entgegen, indem er das Nest mit den Eiern in den Stall trug und ins Fenster legte. Die Schwalben brüteten hier weiter. Als der Stall fertiggestellt war, zogen die Schwalben mit den Kühen in die alte Behausung zurück. Nun wurden zwei Haspen in der Wand befestigt und das Nest daraufgelegt. Vor einigen Tagen haben die Tierchen ausgebrütet.

— Der Ochse im Schaufenster. Donnerstag vormittag ereignete sich in der Bolkenhainerstraße ein eigenartiger Unfall. Ein des Weges kommender Fleischer führte einen Ochsen, über den er die Gewalt verloren zu haben schien, ... man verhindern, daß das Tier über den Bürgersteig in das Schaufenster einer dortigen — Roßschlächterei rannte. Die Scheibe wurde vollständig zertrümmert.

Trebnitz, 8. August. Vom Gewerkschaftskartell. Die am vergangenen Mittwoch tagende Sitzung war hauptsächlich der Volksfürsorge gewidmet, um auch hier dazu die Vorarbeiten in Angriff zu nehmen. Es wurde eine fünfgliedrige Kommission gewählt, bestehend aus den Genossen Goy, Löffler, Wende, Kojchate und Meißner. Weiter soll in allernächster Zeit ein instruktiver Vortrag durch Genossen Schütz-Breslau gehalten werden. Das in der vorigen Sitzung beschlossene Gewerkschaftsfest findet bestimmt am 31. August im Kaiser Wilhelm-Garten bei Rupprecht statt. Genosse Thiel wies auf die nächsten Aufgaben des Kartells bei den Krankenkassenwahlen hin, Genosse Kliche trat dafür ein, die hiesige Genossenschaftsbrauerei so gut wie möglich zu unterstützen, da dieselbe jetzt ihren Arbeitern angemessene tarifliche Löhne zahlt. An die Metallarbeiter soll herangegangen werden, um auch sie zu organisieren. Es fehlten in der Sitzung die Genossen Motsek, Ratsch, Thun, Westpfal und Radon.

Trebnitz, 8. August. Tödlicher Sturz. Der Kunstgärtner Josef Kranz hier, hatte das Unglück, von einem Birnbaum zu fallen und sich hierbei eine schwere Verletzung des Rückgrats zuzuziehen, an deren Folgen er verstarb.

Posen, 8. August. Festgenommener Sittlichkeitsverbrecher. Vor längerer Zeit erregte ein Ueberfall auf ein junges Mädchen auf den Eichwaldwiesen durch eine Rotte junger Burschen berechtigtes Aufsehen. Die in Verfolgung dieser Sache vorgenommenen Verhaftungen erwiesen sich als Fehlgriffe; die Verdächtigen mußten sämtlich wieder aus der Haft entlassen werden, da sie ihre Unschuld nachzuweisen vermochten. Nun ist es gelungen, in der Person des Arbeiters Pichocki einen der Unholde festzunehmen, der, in die Enge getrieben, sieben seiner Komplizen benannte, die das junge Mädchen nach einander vergewaltigten. Die Verhaftung dieser Burschen dürfte keine Schwierigkeit mehr machen.

Meseritz, 8. August. Wieder einer. Unter dem Verdachte, den Mord an dem 5jährigen Mädchen Hedwig Hartramph in Lobendau bei Liegnitz begangen zu haben, ist hier der obdachlose Händler und Schlosser Karl Tielsch verhaftet worden. Die von der Staatsanwaltschaft veröffentliche Personalbeschreibung des Mörders „soll" auf ihn genau passen. —

Aus Oberschlesien.

Beuthen OS., 8. August. Hart bestrafter Leichtsinn. In dem Gehöft des Grubenhäuers Johann Mücka, und zwar auf dem Dache eines Kohlenstalles, wurde von einem Gendarmerie-Wachtmeister eine Dynamitpatrone und ein Stück Zündschnur gefunden. Mücka wurde daraufhin aus § 8 des Sprengstoffgesetzes angeklagt, weil er Sprengstoff zu nicht erlaubten Zwecken in Verwahrung gehabt hatte. Die Verhandlung vor der hiesigen Strafkammer fand am Mittwoch statt. Der Angeklagte will die Dynamitpatrone im Jahre 1911 auf der fiskalischen Grube in Bielschowitz im Gestein, das zu Versatzzwecken verwendet werden sollte, gefunden und mit nach Hause genommen haben. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn ein Jahr neun Monate Gefängnis. Die Strafkammer kam aber nur zu einer Verurteilung des Angeklagten aus § 9 des Sprengstoffgesetzes, der Strafen von drei Monaten bis zu zwei Jahren für denjenigen androht, der Sprengstoffe ohne polizeiliche Erlaubnis in Gewahrsam hat. Das Urteil lautete auf acht Monate Gefängnis.

Beuthen OS., 8. August. Weibliche Messerstecher. Zwei galizische Feldarbeiterinnen, die kürzlich in Broslawitz einen Arbeiter erstochen hatten, sind in das hiesige Gerichtsgefängnis eingeliefert worden. Gegen die beiden Frauen, von denen die eine zirka 30 die andere zirka 50 Jahre alt ist, ist die Untersuchung wegen Mordes eingeleitet worden.

Kattowitz, 8. August. Der Schützenverein und das Arbeiter-Sängerfest. Uns wird geschrieben: Für das am Sonntag überaus glänzend verlaufene Oberschlesische Bezirks-Sängerfest war u. a. auch vom Festkomitee der Garten des Südpark-Restaurants in Aussicht genommen, dessen Wirt anfänglich damit einverstanden war und sogar Angeld dafür einstrich. Alles wurde deshalb für das Fest im Südpark vorbereitet, wohin auch schon der Umzug durch die Behörde genehmigt war. Plötzlich erklärte der Wirt, Herr Broders, daß er das Lokal nicht hergeben könne, weil der Schützenverein nicht gestatte, daß sozialdemokratisch angehauchte Vereine in seinem Lokal Feste feiern. Mit welchem Recht maßt sich hier der Schützenverein Zensorrechte an? Wie liegen denn die Dinge mit dem Südpark-Restaurant. Es ist Eigentum der Stadt, die es mit beträchtlichen Mitteln aller Steuerzahler, aber nicht bloß den Herren im Schützenverein, hat herrichten lassen. Der Konzertgarten und die dazu gehörigen Restaurationsräume sind an den Schützenverein für die lächerlich geringe Summe von 1380 Mk. jährlich verpachtet und von diesem für 6000 Mark weiterverpachtet. Wenn auch berücksichtigt wird, daß der Schützenverein manches für die Ausstattung der Räumlichkeiten getan hat, so macht der Verein dabei immerhin noch ein gutes Geschäft auf Kosten der Allgemeinheit der Steuerzahler. Das ganze Gebaren des Schützenvereins, der einen beträchtlichen Teil der Steuerzahler zu Bürgern zweiter Klasse degradieren will, stellt der Stadtverwaltung kein gutes Zeugnis aus, wenn sie sich bei Verpachtung des Lokals keinen besseren Einfluß gewahrt hat. Die so behandelte Arbeiterschaft wird sich das Verhalten des Schützenvereins bei künftigen Stadtverordnetenwahlen ins Gedächtnis zurückrufen müssen.

Gleiwitz, 8. August. Vor den Augen seiner 15 und 11 Jahre alten Söhne ist am Dienstag in der 11. Abendstunde der Schiffer Peter Poser aus Niewische hiesigen Kreises im Klodnitzkanal an der Fabrikstraße ertrunken. Die Leiche konnte erst gegen Mitternacht von herbeigerufenen Feuerwehrleuten geborgen werden.

Gleiwitz, 8. August. Der berüchtigte schwere Einbrecher Maurer Johann Czechmann aus Barglowka, Kreis Rybnik, der bereits wegen einer ganzen Reihe schwerer Einbruchsdiebstähle zu 13 Jahren Zuchthaus verurteilt worden und auf dem Transport ins hiesige Gerichtsgefängnis entwichen war, hatte sich mit seinen Komplizen, dem Schlosser Bönsch von hier und dem Schmied Laska aus Zabrze vor der hiesigen ersten Ferienstrafkammer wegen einer Reihe weiterer Einbruchsdiebstähle zu verantworten. Czechmann benahm sich äußerst frech und beleidigte den Gerichtshof. Wegen Ungebühr vor Gericht beantragte der Staatsanwalt sieben Tage strenge Haft in dunkler Zelle auf hartem Lager bei Wasser und Brot und wegen der Einbruchsdiebstähle die höchste zulässige Strafe von 15 Jahren Zuchthaus und die üblichen Nebenstrafen. Der Gerichtshof sah von der Erkennung der gegen Czechmann beantragten Haftstrafe ab und verurteilte ihn wegen zweier schwerer Urkundenfälschungen und fünf schweren Einbruchsdiebstählen zur höchst zulässigen Strafe von 15 Jahren Zuchthaus, gegen Laska wegen gemeinschaftlicher Einbruchsdiebstähle zusätzlich zu den bereits erkannten neun Jahren auf noch zwei Jahre, zusammen elf Jahre Zuchthaus und gegen Bönsch wegen gewerbsmäßiger Hehlerei und Beihilfe zusätzlich zu den bereits erkannten zehn Jahren Zuchthaus auf noch drei Monate, zusammen 10 Jahre drei Monate Zuchthaus und den üblichen Nebenstrafen.

Rybnik, 8. August. Von einem tragischen Unfall ist der Fürstliche Rittergutspächter, Oberleutnant d. L. Paul in Nieder-Borin betroffen worden. Er befand sich in seinem Jagdgelände zu Wagen auf der Rehbockpirsch und war eben im Begriff, einen Rehbock anzupirschen bezw. nach der vermutlichen Stelle weiterzufahren, als das Jagdgewehr, das im Wagen stand, kippte. Oberleutnant Paul griff danach mit der linken Hand, um es aufzufangen, aber in demselben Moment krachte ein Schuß und die volle Schrotladung des einen Laufes drang ihm in den Handteller der linken Hand. Die Wirkung war furchtbar; die Hand wurde dadurch vollständig zerrissen, sodaß an eine Rettung derselben nicht mehr zu denken war. Der Verunglückte wurde in das Sohrauer städtische Krankenhaus gebracht, wo noch am selben Abend die Amputation der Hand bis ans Gelenk vorgenommen werden mußte.

Tichau, 8. August. Schwerer Unfall. Der Kutscher Ksiuczyk der Bürgerlichen Brauerei Tichau kam mit einem Bierwagen von Nikolai die Chaussee heruntergefahren, als die Pferde durchgingen. Er wurde vom Wagen gerissen und kam unter die Räder. Er erhielt einen dreifachen Bruch des rechten Beines und Verletzungen am Kopf. Mittels Automobils wurde er in das Johanniter-Krankenhaus nach Pleß geschafft.

Wasserstands-Nachrichten der Oder.

Pegelst. in Meter früh 8 Uhr	Ratibor	Cosel	Krappitz	Neisse	Neisse Mdg. OP.	Neisse Mdg. UP.	Brieg OP.	Brieg UP.	Kottwitz*)	Treschen	Breslau OP.	Breslau UP.	Pöp. Eisb.	Steinau
8. 8.	4 86	2,80	4,1	0,05	3,90	3,40	5,34	3,83	2,87	2,63	5,34	0.48	2,74	2,70
7. 8.	4,49	2,08	3,49	0,08	3,80	3,33	5,38	3,97	2,98	2,80	5,38	0,54	2,78	2,70
Mittel	1,68	0,98	2,12	0,42	2,46	2,07	4,07	2,38	1,68	1,56	5,00	0,14	1,88	0,45

*) Ausuferungshöhe i. Kottwitz 3.50; für Treschen (Oder-) Ohle-Niederung 3,27.

Wetternachrichten der Universitäts-Sternwarte.

Nach Bresl. Ortszeit d.i. M.E.Z. + 8 Min.	6. August Nm. 2 Uhr	6. August Abd. 9 Uhr	7. August Mg. 7 Uhr	7. August Nm. 2 Uhr	7. August Abd. 9 Uhr	8. Aug. Mg. 7 Uhr
Luftwärme (C)	+16,8	+14,5	+12,6	+17,0	+14,1	+10,0
Luftdruck (mm) a. 0° red.*)	745,4	744,3	744,8	746,4	747,5	747,4
Dunstdruck (mm)	8,0	9,0	8,6	6,9	7,2	7,1
Dunstsättigung (%)	60	73	78	48	60	78
Wind (0—12)	NW 1	still	NW 3	NW 3	W 2	NW 3
Wetter	bedeckt	bedeckt	bedeckt	wolkig	heiter	heiter

*) Zur Reduktion auf Meeresniveau sind 13,1 mm hinzuzufügen.

Versammlungen und Vereine.

Sonnabend, den 9. August:

Parkettleger. Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Steinarbeiter. Abends 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus.

Land-Distrikt 4, Rosenthal bei Laqua, Sonnabend, abends 8 Uhr.

Land-Distrikt 5, Oswitz bei Grünast, Sonnabend, abends 8 Uhr.

Land-Distrikt 11, Bettlern bei Knychalla, Sonnabend, abends 8 Uhr.

Land-Distrikt 21, Neumarkt bei Freudenberger, Sonnabend, abends 8 Uhr.

Brieg. Konsum- und Sparverein Einigkeit, Sonnabend, abends 8 Uhr im Saale des Weinberg.

Sonntag, den 10. August:

Installateure und Helfer. Früh 10½ Uhr im Gewerkschaftshaus.

Heizungsmonteure und Helfer. Früh 10½ Uhr im Gewerkschaftshaus.

Schauspielhaus
Heute und täglich: Anfang 8 Uhr: 5252
„Filmzauber".

Liebich's Etabl.
Heute Freitag: 5234
Zum 100. Male
„Breslau, so siehste aus"
Im Garten: Grosses Konzert.

Stores Gardinen Julius Fein 5536

Zeltgarten.
Große internationale
Ringkampf-Konkurrenz.
Heute Freitag ringen:
Stange (Kiel) — Stalling (Bremen)
Jonson (Amerika) — Smeyjakin (Warschau)
Entscheidungskampf:
Albert Sterm (Weltmeister) — Rothenfasser
Beginn der Ringkämpfe 9½ Uhr. 5237
Vorher das brillante Programm.

Christentum u. Sozialismus von A. Bebel
10 Pf.
Zu beziehen durch die Expedition und die Kolporteure.

Viktoria-Theater.
Neues 5246
Variété-Programm
10 Attraktionen 10
Anfang 8 Uhr. Bons gültig.

In wöchentlich. Raten von
: 50 Pfg. :
Goethes Werke
Bänden reich illustr.
Gesamtpreis nur 3 Mark.
Zu beziehen durch
Expedition und Kolporteure.

Reform-Kino
Schmiedebrücke 17/18
Von Freitag bis Montag:
Der grüne Teufel
Modernes Sitten-Drama in 3 Akten
sowie das übrige sorgfältig ausgewählte Programm.
Sonntag v. 3—6 Uhr haben Kinder von 8—16 Jahren Zutritt. 5436

Christentum und Sozialismus von A. Bebel 0.10

Haus- u. Küchengeräte sowie kompl. Einrichtungen, Werkzeuge für Maurer, Zimmerer und Tischler
kaufen Sie reell und billig bei 5552
Paul Hauschild jr.,
Eisenwarenhandlung,
109 Friedrich-Wilhelmstrasse 109.

Rohtabak-Handlung C. Wutke, Breslau

Günther & Otto
Rohtabakhandlung
Breslau, Reuschestrasse 51
(Niepoldpassage). 5400

Kleiner Anzeiger

Unter dieser Rubrik kosten je drei Worte 10 Pfennige. Abonnenten haben gegen Gutschein 5 Worte frei. Das erste Wort fett. Schriftart bestimmt der Verlag. Geforderte Abweichungen bedingen Zeilenpreis.

Kauf und Verkauf

Getragene Maßgarderoben, für jede Figur, billig, gut erhalten. Kaufhaus für Herrengarderoben, Neue Schweidnitzerstraße 6. 4559

Handwagen, neu, zu verkaufen Kaiserstraße 55, Hth. ptr., R. 5415

Gebr. Sport- und Kinderwagen billig zu verkaufen Rothkirchenstr. 4, 4. Etg. 5414

Kinderwagen billig zum Verkauf Scheitnigerstraße 27, II, rechts. 5416

Kinderwagen, gut erhalten, preiswert zu verkauf. Neumarkt 19, I. Sth. b. Peter. [5135

Arbeitsmarkt

Näherin z. Konfektion, Kollektion-Sachen, Mittelgenre, außer dem Hause, können sich melden Augustastr. 32, Gth. 3, rechts. [5457

Vermietung

Bienenstraße 28 Wohnungen zu 33 u. 38 Mk., Geschäftskeller zu 15 Mk. bald zu vermieten. 5459

war, die mangelnden Mittel. [illegible] dem kurzen Zeitraume weniger Jahre ist es der deutschen Arbeiterklasse möglich geworden, mit einem Bildungsetat von mehr als 700 000 Mark zu wirtschaften. Diese große Summe ist nicht etwa anderen organisatorischen Aufgaben der Arbeiterklasse entzogen worden, es steckt in dieser Summe auch nicht eine Mehreinnahme der Arbeiter, weil von einer solchen keine Rede sein kann; die mehr als 700 000 Mark, die die deutschen Arbeiter jetzt für wertvolle Bildungsarbeit ausgeben, haben sie minderwertigen Vergnügungen und Zwecken entzogen. Es dokumentiert sich in dieser Summe zahlenmäßig der kulturelle Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse.

Vom Kampfe der Behörden gegen die Arbeiterbewegung.

Die Arbeiterbewegung wäre längst abgetan, wenn man sie zu Tode schikanieren oder prozessieren könnte. Immer noch gibt es strebsame Staats- und Ordnungsstützen, die der merkwürdigen Einbildung leben, daß sie sich verdient um das Vaterland machen, wenn sie möglichst viele Verordnungen und Paragraphen gegen die Sozialdemokratie und ihre Veranstaltungen in Bewegung setzen. In der Auslegung des Begriffs „Veranstaltungen der Sozialdemokratie" sind diese Herrschaften dann ebenso weitherzig, wie sie im übrigen engherzig sind. Wissenschaftliche Vorträge, künstlerische Veranstaltungen, Arrangements vollkommen unpolitischer Art für Gewerkschaften und [illegible]liche Arbeiter — das alles ist unterschiedslos schon als „politisches" oder „sozialdemokratisches" Unternehmen denunziert, schikaniert und verurteilt worden. Man müßte Folianten vollschreiben, wollte man auch nur einigermaßen verzeichnen, was Tag für Tag auf diesem wenig erbaulichen Gebiete geleistet wird. Uebrigens kommt man nicht nur dem Lohnarbeiter „preußisch", man verschont auch die studierende Jugend nicht mit der kleinlichsten Nadelstichpolitik, wenn sie sich nicht darauf beschränkt, ihre freie Zeit nach den Vorschriften der Kneip- und Pauk-Komments totzuschlagen. An den meisten Universitäten bestehen jetzt sogenannte Freie Studentenschaften. Diese sind bemüht, nach den Grundsätzen der Neutralität auch Vorträge über alle politischen Parteien halten zu lassen. Sie berufen zu diesem Zwecke Angehörige aller Parteien als Referenten. In vielen Fällen sind die Universitätsbehörden gegen die Freien Studentenschaften eingeschritten, sobald diese auch Sozialdemokraten zu Vorträgen eingeladen haben. Es ist deshalb wiederholt zu Relegationen gekommen. Ende Juni d. J. wurde wieder aus Königsberg berichtet, daß dort der Prorektor Prof. Dr. Gerlach einen Vortrag verboten hat, den unser Genosse Stadtverordneter Seemann über die Freien Gewerkschaften halten sollte. Es wäre ja auch schrecklich, wenn zukünftige Richter und Staatsanwälte einigermaßen unterrichtet sein würden über die moderne Arbeiterbewegung. Was sie wissen sollen, können sie wohl alles erfahren aus den tiefgründigen Schriften des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie — wenigstens nach Ansicht gewisser Rektoren. — Hin und wieder hat die Parteipresse den Versuch gemacht, für bestimmte Zeitabschnitte festzustellen, wie oft die sozialdemokratische Presse vor den Kadi geschleppt und bestraft worden ist. So hat ein Parteiblatt für das erste Halbjahr 1913 104 Urteile gegen parteigenössische Redakteure ermitteln können, die zu insgesamt 89 Monaten 8 Wochen Gefängnis und 10 745 Mk. Geldstrafe verurteilt worden sind. Es ist ganz selbstverständlich, daß diese Zusammenstellung auf Vollständigkeit keinen Anspruch erheben kann. In manchen Provinzen werden Sozialdemokraten,

Abschluß der Hauptkasse für die Zeit vom 1. Juli 1912 bis 31. März 1913

mit Zahlen des Vorjahres zum Vergleich.

Einnahme.	1911/12 Mark	Pf.	1912/13 Mark	Pf.
Beiträge a) der Organisat.	890 797	58	674 242	73
b) sonstige	65 463	84	59 556	85
„Vorwärts"	281 461	80	279 787	84
Buchhandl. „Vorwärts"	50 000	—	20 000	—
„Wahre Jakob", Neue Zeit" und „Gleichheit"	67 866	50	100 000	—
Nord. Wasserkante u. X. Y. Z.	52 188	50	180 000	—
Darlehnskonto	208 663	10	99 242	80
Zinsen	81 871	53	63 740	98
Diverse	4 393	05	8 147	98
Gesamteinnahme	1 697 680	85	1 469 718	63
Dem Vermögen entnommen	233 957	45	—	—
Bestand am Jahresbeginn	39 626	28	217 558	26
Summa	1 971 214	52	1 687 276	89

Ausgabe.	1911/12 Mark	Pf.	1912/13 Mark	Pf.
Allgemeine Agitation	321 641	83	284 405	48
Parteischule	4 067	95	42 524	90
Pressebureau	30 149	80	17 000	—
Partei-Correspondenz	37 506	95	31 001	70
Soz. Bur. f. Rheinl.-Westf.	34 550	—	17 383	15
Archiv	6 120	76	9 856	06
Bildungsausschuß	23 051	06	25 990	47
Pressezuschüsse	70 684	27	72 804	92
Wahlagitation	010 977	82	74 044	25
Prozeß- u. Gefängniskosten	4 760	50	5 676	03
Unterstützungen	7 650	88	4 150	—
Darlehnskonto	225 600	—	306 543	53
Gehälter und Verwaltung	71 558	55	83 363	25
Diverse	5 336	40	10 503	14
Gesamtausgabe	1 753 656	26	1 075 551	88
Dem Vermögen zugeführt	—	—	315 048	45
Bestand am Jahresschluß	217 558	26	296 676	56
Summa	1 971 214	52	1 687 276	89

Berlin, den 23. Mai 1913.

Revidiert und richtig befunden

Die Kontrollkommission.

Fr. Brühne. A. Hengsbach. Clara Zetkin. W. Bock. Ad. Geck. H. Stubbe. J. Timm. Eugen Ernst.

Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Am 17. Oktober schied Genosse Bömelburg aus unseren Reihen. Er ist nur 50 Jahre alt geworden. Bömelburg hat die schweren Lohnkämpfe des Maurerverbandes mit großem Geschick und gutem Erfolg geführt. Die Verschmelzung des Maurer- und Bauarbeiterverbandes war im wesentlichen sein Werk. Neben seiner umfangreichen gewerkschaftlichen Tätigkeit erfüllte Bömelburg in rastloser Arbeit auch die parteigenössischen Pflichten. Als ihm im Jahre 1903 die Dortmunder Genossen das Mandat zum Reichstag antrugen, zauderte er nicht einen Augenblick, die ihm aus dem Mandat erwachsende vermehrte Arbeit auf sich zu nehmen. Das Leitmotiv seiner vielseitigen Tätigkeit als Politiker und Gewerkschaftsführer, hat er selbst auf dem Stuttgarter Gewerkschaftskongreß in den knappen Satz gekleidet, „Partei und Gewerkschaft sind eins". Daß diese Erkenntnis heute in Partei- und Gewerkschaftskreisen eine unbestrittene ist, dazu hat Bömelburg, solange er wirken konnte, unermüdlich beigetragen.

Schwerer Krankheit erlag am 18. November in Leipzig Genosse Günther. Seine rastlose Tätigkeit unter dem Ausnahmegesetz hat ihm die Anerkennung der Genossen gesichert.

Nach langer Krankheit starb am 16. November Genosse W. Herzberg, erst 45 Jahre alt, an Herzlähmung. Genosse Herzberg war nacheinander in Mannheim, Braunschweig, Ludwigshafen und Nürnberg als Redakteur tätig und geschätzt. In den letzteren drei genannten Städten gehörte Herzberg auch den Stadtverordnetenkollegien an.

Am 25. des gleichen Monats verschied Genosse Hermann Förster in Hamburg. Förster ist 59 Jahre alt geworden. Schon als Siebzehnjähriger schloß er sich der Partei an, der er unter dem Ausnahmegesetz die besten Dienste leistete. Förster gehörte der Bürgerschaft Hamburgs an und vertrat den Wahlkreis Reuß ä. L. im Reichstag. Noch zwei Monate vor seinem Tode führte er eine vierwöchentliche Agitationstour in seinem Wahlkreis aus.

In Nürnberg starb am 7. Dezember im Alter von 74 Jahren der Genosse J. Faaz. Er war 1871 der erste sozialdemokratische Kandidat in Nürnberg. Er vereinigte damals 840 Stimmen auf sich.

Im gleichen Alter starb in Fürth am 27. Dezember Genosse Fick, von Beruf Drechsler, später Gastwirt. Ueber drei Jahrzehnte gehörte er als Magistratsrat der Stadtverwaltung an.

Am 9. Januar d. J. starb in Langebrück bei Dresden der 59 Jahre alte Genosse W. Radestock. Seine Hauptverdienste lagen auf dem Gebiete der Konsumvereinsbewegung. Radestock war 27 Jahre Geschäftsführer des Konsumvereins Pieschen und wurde 1903 der erste Vorsitzende des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

Oskar Peukert, von Beruf Schriftsetzer, starb in München am 11. Januar im Alter von 72 Jahren. Peukert war in Leipzig als Setzer und Redakteur tätig, bis ihn als einen der Ersten 1881 die Ausweisung traf und er Leipzig den Rücken kehren und sich eine neue Stätte des Wirkens suchen mußte, die er in München fand.

57 Jahre alt starb am 8. Februar Genosse H. Heitmann in Mülheim a. Rh. Ein Herzschlag setzte seinem Leben ein Ziel. Als langjähriger Leiter der Wahlbewegung, bewahren ihm die Genossen für seine treuen Dienste ehrende Anerkennung.

Genosse Ernst Gutekunst, von Beruf Schreiner, starb am 13. Februar in Stuttgart im Alter von 69 Jahren. Unter dem Ausnahmegesetz war er einer der Tätigsten, was ihn oft in Kollision mit den Behörden und der Polizei brachte.

In Lei[illegible] starb am 15. Februar Genosse Emil Richter. Er erreichte ein [illegible] 62 Jahren. Unerschrocken arbeitete er unter dem Aus-

Nur 43 Jahre alt ist der Genosse Johann Götte geworden, der am 20. Februar in Halle starb. Seine Haupttätigkeit leistete er dem Bergarbeiterverband.

Im Alter von 58 Jahren starb am 25. Februar in Dresden Genosse Emil Kaltofen. Siebzehn Jahre war er Geschäftsführer des Konsumvereins „Vorwärts" in Dresden.

Ebenfalls am 25. Februar starb in Hamburg wohl der älteste Genosse der Partei. Der „alte Nagel", wie er allgemein genannt wurde, erreichte ein Alter von 94 Jahren. Er gehörte der Partei von Anbeginn an, und stellte eine kleine in seinem Besitz befindliche Druckerei der Partei zur Verfügung, in der verschiedene Propaganda- und Streitschriften hergestellt wurden. Seinen Lebensabend beschloß Nagel als Angehöriger des Personals unserer Hamburger Druckerei.

Anfangs März schied in Hannover Heinrich Rudolph, der Gründer der dortigen Partei, im Alter von 76 Jahren aus unseren Reihen. Von Beruf Schneider, dankte er es seiner beruflichen Tüchtigkeit, sich der Leitung der Partei in den 60er Jahren widmen zu können, ohne die Maßregelung fürchten zu müssen. Oft war seine bescheidene Wohnung in der Schillerstraße der Sammelpunkt der tätigen Genossen.

Im fast vollendeten 70. Lebensjahr starb am 25. März in Dresden Genosse Wilhelm Höppner. Von Beruf Bäcker, mußte er, durch widrige Verhältnisse gezwungen, Beschäftigung mannigfacher Art aufnehmen, bis er als Lagerhalter eine gesicherte Existenz erhielt. Unter dem Sozialistengesetz war er der Verläßlichsten einer. Höppner gehörte auch dem Stadtverordnetenkollegium an.

Der in der „Volksstimme" in Magdeburg als Kassierer tätige Genosse A. Lichtenberg fiel am 27. März einem tragischen Geschick zum Opfer. Bei Ausübung seines Berufs wurde er von einem Auto überfahren und so schwer verletzt, daß er kurz nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus verstarb.

64 Jahre alt starb in Gotha am 31. März Genosse Helmig, ein tüchtiger und fleißiger Mensch, der jahrelang das Amt eines Arbeitersekretärs versah.

Anfang April starb in Hamburg Genosse R. Seiffert im Alter von 79 Jahren. Zuerst als Setzer und Korrektor am „Volksstaat" tätig, wurde er 1881 aus Leipzig ausgewiesen. Seiffert hat 27 Jahre im Hamburger Geschäft gewirkt.

Nach 33jähriger Tätigkeit in der Parteiorganisation Schweinfurt starb am 10. April Genosse Sehler. Wegen seiner Gewissenhaftigkeit und eifrigsten Pflichterfüllung war er allgemein beliebt und geachtet.

Als einer von der alten Garde, erprobt im Feuer des Sozialistengesetzes, starb am 17. April Genosse Ernst Streune in Lunzenau im Alter von 61 Jahren.

Am 20. April starb in Chemnitz Genosse Hermann Litzner, Tischler von Beruf. Er arbeitete über 20 Jahre in der Eisenbahnwerkstätte, wo er im Jahre 1911 gemaßregelt wurde, weil er einem ergangenen Verbot zum Trotz eine Versammlung der Eisenbahner besucht hatte.

Am 30. April verstarb im Krankenhause zu Reinickendorf Genosse Max Kiesel. Er war auf seinem Lebenswege von vielen Widerwärtigkeiten verfolgt, aber das hinderte ihn nicht in seiner unermüdlichen Tätigkeit für die Partei- und Gewerkschaftsorganisation. Er war langjähriger Leiter der Organisation des sechsten Berliner Reichstagswahlkreises. Kiesel erreichte ein Alter von 49 Jahren.

nationale Sozialistenkongreß sollte dann erst 1914 abgehalten werden. Noch vor dem Kongreß fanden in den europäischen Hauptstädten am 17. November Massen-Meetings gegen die Kriegshetzer statt. In Berlin sprachen die Genossen Dr. Renner-Wien, O'Grady-London und Jaurès-Paris, dem Jagow verbot, in seiner Muttersprache zu reden, während die Genossen Scheidemann und Pernerstorfer-Wien am gleichen Tage und zum gleichen Zwecke in Paris deutsch reden konnten. Von deutschen Genossen sprachen noch am 17. November Dr. Frank in London, Silberschmidt in Leeds und Molkenbuhr in Amsterdam.

Der Außerordentliche internationale Sozialistenkongreß fand am 24. und 25. November in der „Burghalle“ zu Basel statt. Diese einzigartige Demonstration des internationalen sozialistischen Proletariats ist in der allgemeinen Uebersicht eingangs unseres Berichts bereits gewürdigt. Vor dem Kongreß war vereinbart worden, daß Partei und Gewerkschaften je 40 Delegierte nach Basel entsenden sollten. Am Kongresse nahmen insgesamt 74 Delegierte aus dem Deutschen Reiche teil.

Als gegen Ende des Balkankrieges die deutsche und die französische Regierung mit Rüstungsplänen, die in gleichem Umfange noch nicht dagewesen sind, hervortraten, verständigten sich die sozialistischen Parteileitungen und Parlamentsfraktionen Frankreichs und Deutschlands auf ein gemeinsames Manifest gegen den Rüstungswahnsinn, das am 1. März in Paris und Berlin gleichzeitig veröffentlicht wurde. Auf dieses Manifest und auf die Berner Pfingstkonferenz ist an anderer Stelle des Berichts bereits näher eingegangen.

Als am 13. und 14. April unser französischer Genosse Compère-Morel in Magdeburg und Braunschweig auf Einladung unserer dortigen Genossen über den Kampf unserer französischen Bruderpartei gegen die französischen Chauvinisten reden wollte, wurde er in brutaler Weise daran gehindert. Das Vorgehen der Berliner Polizei gegen Jaurès am 17. November vorigen Jahres wurde damit noch weit übertrumpft.

Mehreren ausländischen Bruderparteien haben wir, weil sie besonders schwere Wahlkämpfe zu führen hatten, oder weil ihre Preßorgane unter besonders schwierigen Verhältnissen zu kämpfen hätten, im Berichtsjahre unsere tatkräftige Sympathie zuteil werden lassen.

An das Internationale Sozialistische Bureau in Brüssel zahlt die deutsche sozialdemokratische Partei jährlich 2500 Frank.

Unsere Toten.

In die Reihen der Genossen, denen es vergönnt war, in hervorragendem Maße für die sozialistischen Ideale tätig zu sein, hat der Tod auch im abgelaufenen Jahre wieder große Lücken gerissen.

Am 21. September starb in Berlin der Maurer Karl Weiße, der politisch und gewerkschaftlich unermüdlich tätig war. Unter dem Ausnahmegesetz hat er Tüchtiges für die Unterstützung der Familien der Ausgewiesenen geleistet.

Wenige Tage später starben die Genossen Härger in Jena und Goßmann in Bremen, denen die Partei für ihre Arbeit unter dem Ausnahmegesetz ein ehrendes Andenken bewahren wird.

Ein tragisches Ende war dem Genossen Rollwagen am 28. September beschieden. Rollwagen stürzte in den Algäuer Bergen ab und war sofort tot. Rollwagen war Redakteur der „Schwäbischen Volkszeitung“ und gehörte dem Augsburger Gemeindekollegium wie auch [illegible]ayerischen Landtag an.

Der „rote Apotheker“, Genosse Th. Lutz, starb am 25. April im Alter von 66 Jahren in Baden-Baden, dessen Stadtrat er angehörte. Als Student in Tübingen mit Vaillant bekannt geworden, gab ihm das Sozialistengesetz die äußere Veranlassung, sich offen zur Partei zu bekennen. Die Schikanen des Ausnahmegesetzes sind ihm nicht erspart geblieben.

Der „rote Brinkmann“ ist am 5. Mai in Kassel verstorben. Er hatte sich gute Kenntnisse auf den Gebieten des sozialen Rechts erworben, die er als Gewerbegerichtsrichter und Beisitzer des Reichsversicherungsamtes für seine Klassengenossen nutzbringend anzuwenden wußte.

Im Alter von 75 Jahren starb in Berlin Genosse Karl Butry, von Beruf Tabakarbeiter. Er bewährte sich besonders in den schweren Kämpfen gegen die Erhöhung der Tabakbesteuerung.

Genosse Paul Friedrich in Breslau, der am 2. Juni verstarb, gehörte zu den Gründern der Partei in Breslau. Schwer hatte der Genosse unter dem Ausnahmegesetz zu leiden, das ihm eine längere Gefängnisstrafe eintrug und ihn zwang vorübergehend ins Ausland zu gehen, um den Lebensunterhalt erwerben zu können.

Nach schwerem Leiden ist in Kaufbeuren Genosse Angerhofer im Alter von 61 Jahren gestorben. Vor 1½ Jahren war ihm noch die Freude beschieden, in das Gemeindekollegium gewählt zu werden.

Im 65. Jahre verstarb in Gablenberg der Genosse Moritz Schröter, der schon im Jahre 1868 in Leipzig wegen seines Eintretens für die Buchdruckergehilfen gemaßregelt worden war. Seine eifrige Tätigkeit für Partei und Gewerkschaft trug ihm 1881 die Ausweisung aus Leipzig ein. 1882 fand Schröter in Stuttgart einen neuen Wirkungskreis, in dem ihm erst während der letzten Jahre Kränklichkeit Zurückhaltung auferlegte.

Einem Gehirnschlag erlag im Alter von 56 Jahren am 7. Juni Genosse Hermann Sonnenburg, der seit Ende der 80er Jahre zu den rührigsten Genossen im Kreise Niederbarnim gehörte. 1896 wurde Sonnenburg in die Gemeindevertretung von Friedrichshagen gewählt, der er 15 Jahre angehörte.

Ein Alter von nur 56 Jahren erreichte Genosse Zietsch, der unerwartet am 6. Juli verschied. Obwohl längere Zeit kränkelnd, ließ es sein Pflichteifer nicht zu, sich Schonung aufzuerlegen. Bis zum Reichstagsschluß widmete er sich mit Hingabe der Verwaltung des Fraktionssekretariats. Zietsch war von Beruf Porzellanarbeiter. 1900 trat er in die Redaktion des „Saalfelder Volksblatt“ ein und wurde 1902 in den Meininger Landtag gewählt. Ein Jahr später übernahm er die Redaktion der „Ameise“, des Verbandsorgans des Porzellanarbeiterverbandes. Bei der Nachwahl 1909 im Koburger Wahlkreis eroberte Zietsch das Reichstagsmandat, das bei den Wahlen 1912 leider nicht zu halten war.

Am 21. Juni erlag August Kaden dem schweren Leiden, das ihn seit zwei Monaten aufs Krankenlager gefesselt hatte. Kaden hatte sich bereits als junger Mensch der Sozialdemokratie angeschlossen. Nach Abschluß seiner Wanderjahre kehrte er in die sächsische Heimat zurück und ließ sich 1874 in Dresden nieder. In Sachsen, wo die Wiege der Sozialdemokratie gestanden hatte, machten die Behörden unter dem Sozialistengesetze verzweifelte Anstrengungen zur Vernichtung der Partei. Wenn alle diese oft kleinlich-gehässigen Versuche einer niederträchtigen Kampfmethode völlig wirkungslos blieben, so war das das Verdienst jener tapferen Schar, in deren vorderster Reihe in Dresden August Kaden kämpfte. Das Vertrauen der Genossen sandte ihn bereits 1885 in den sächsischen Landtag, dem er bis 1897 angehörte. Seit 1896 vertrat Kaden Dresden-Neustadt im Deutschen Reichstage. Kaden er-

reichte ein Alter von nur 62 Jahren, aber mehr als vier Jahrzehnte davon waren dem erfolgreichen Kampfe für die sozialdemokratische Partei und für den Tabakarbeiterverband gewidmet. Nach dem Falle des Sozialistengesetzes berief der Haller Parteitag Kaden in die Kontrollkommission, deren Vorsitzender er nach Heinr. Meisters Tod wurde. Aber Kaden war nicht nur ein erprobter Kämpe, sondern auch ein prächtiger Mensch und all denen, die ihm näher treten konnten, ein lieber Freund. Sein Andenken wird in der Geschichte der Dresdener, der sächsischen und der deutschen klassenbewußten Arbeiterbewegung fortleben.

Kassenbericht.

Das Ergebnis des Kassenabschlusses ist nicht ungünstig. Der Kassenbestand am Schluß des Geschäftsjahres war 79 118,30 Mk. höher als im Vorjahre und 815 048,45 Mk. konnten dem Vermögen zugeführt werden. Es ist sonach ein Ueberschuß von 394 166,75 Mk. erzielt worden. Im Hinblick auf die schweren Kämpfe, die der Partei in Zukunft bevorstehen, und die auch die finanzielle Aufrüstung zur gebieterischen Notwendigkeit machen, ist das nicht viel.

Die Einnahme an Beiträgen aus den Organisationen ist nicht befriedigend. Sie ist unter Berücksichtigung der kürzeren Berichtsperiode gegen das Vorjahr nur um 0,9 Proz. gestiegen, während die Mitgliederzahl eine Steigerung um 1,8 Proz. erfuhr und obgleich eine Anzahl Kreisorganisationen ihren Mitgliederbeitrag erhöht haben. Der günstige Abschluß ist vorwiegend auf den Ueberschuß der Parteigeschäfte zurückzuführen, der insgesamt 579 787,31 Mark ergab. Bei der Position „Vorwärts-Ueberschuß“ ist im Berichtsjahre noch der Betrag für das letzte Quartal 1911/12 zur Verbuchung gelangt, so daß die Summe in unserem Abschluß erheblich höher ist als in dem des Vorwärts-Verlages.

Die Ausgaben weisen eine normale Entwickelung auf. Die erheblich höhere Summe bei dem Posten „Parteischule“ erklärt sich dadurch, daß im Vorjahre wegen der Reichstagswahl der Kursus ausgefallen war. Da aus dem gleichen Grunde im Vorjahre auch die Bildungsarbeit zeitweise unterbrochen war, ist es erklärlich, daß für den Bildungsausschuß in den neun Monaten des Berichtsjahres mehr aufgewendet worden ist. Der Posten „Darlehnskonto“ weist eine erhebliche Steigerung auf, da einigen Parteiblättern zum Ausbau ihrer Betriebe die ihnen vor der Reichstagswahl zugesicherte Hilfe gewährt werden mußte. Pressezuschuß erhielten folgende Blätter:

Arnstadt, „Volkzeitung für Schwarzburg-Sondersh.“	1 000,—	Mk.
Berlin, „Blindenorgan“	250,—	„
Danzig, „Volkswacht“	4 288,70	„
Freiburg, „Volkswacht“	6 000,—	„
Kassel, „Volksblatt“	1 503,90	„
Kattowitz, „Gazeta Robotnicza“	8 266,82	„
Königsberg, „Königsberger Volkszeitung“	6 000,—	„
Krefeld, „Volkstribüne“	4 580,—	„
Landsberg a. W., „Neumärkisches Volksblatt“	8 000,—	„
Lörrach, „Volkszeitung“	520,—	„
Lüdenscheid, „Volksstimme“	2 250,—	„
Mülhausen i. E., „Mülhauser Volkszeitung“	7 946,—	„
Mühlhausen i. Th., „Volksblatt“	1 000,—	„
Nordhausen, „Nordhäuser Volkszeitung“	8 500,—	„
Straßburg i. E., „Freie Presse“	2 700,—	„
Ausländische Parteiblätter	15 000,—	„

Im übrigen geben die nachfolgenden Tabellen über den Abschluß der Hauptkasse, wie über die Finanzen der Bezirks- und Kreisorganisationen Auskunft

denen man mit irgend einem Paragraphen hat zu Leibe rücken können, immer noch behandelt wie Kapitalverbrecher. Ein besonders krasses Beispiel wurde im April d. J. aus Breslau berichtet. Der dortige Parteisekretär Erowig verbüßte in Wohlau 4 Monate Gefängnis, die über ihn verhängt worden waren, weil er sich als Wahlkontrolleur des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht haben sollte. In einem Breslauer Prozeß sollte Erowig nun während seiner Strafverbüßung als Zeuge vernommen werden. Aus diesem Anlaß wurde er mit dem Gefangenentransportwagen von Wohlau nach Breslau befördert. Bei der Ankunft in Breslau mußten seine auf dem Bahnsteig anwesende Frau und einige Genossen sich davon überzeugen, daß Erowig wie ein gemeiner Verbrecher mit einem anderen Gefangenen zusammengefesselt durch Polizisten vom Bahnsteig nach dem Gefangenentransportwagen abgeführt wurde. —

In schreiendem Mißverhältnis zu der Behandlung ehrenhafter Arbeiter und ihrer Vertrauensmänner steht die liebenswürdige Behandlung der angeblich dem „Staate besonders nützlichen Elemente“, die von klassenbewußten Arbeitern mit dem durchaus zutreffenden, aber streng verpönten Namen „Streikbrecher“ belegt werden. Diese Burschen hantieren immer mehr mit Messer und Revolver gegenüber streikenden Arbeitern, finden aber fast durchweg sehr milde Richter. Das meiste Aufsehen erregte im Berichtsjahre die Freisprechung des berufsmäßigen Arbeitswilligen Jos. Ruppert, der im September 1912 zu Burg bei Magdeburg einen Arbeiter namens Fritsche niedergeschossen hatte. Der Fall ist auf dem vorigen Parteitag in Chemnitz bereits besprochen worden, während der Freispruch erst später, am 9. November, zu Magdeburg erfolgte. — Zu geradezu drakonischen Strafen werden die Arbeiter verurteilt, die sich sogenannter Streikvergehen schuldig machen. Nichtsdestoweniger erheben die Scharfmacher im Reichstag immer wieder den Ruf nach noch schärferen Strafbestimmungen, indem sie auf angeblich terroristische Handlungen streikender Arbeiter hinweisen. — Die Sozialdemokratie hat schon gewußt, warum sie die programmatische Forderung aufgestellt hat: „Rechtsprechung durch vom Volke gewählte Richter.“ Im Klassenstaate ist auch die Klassenjustiz selbstverständlich.

Internationales.

Da die internationale Situation im Berichtsjahre dauernd außerordentlich gespannt blieb, waren die Beziehungen der deutschen Sozialdemokratie zu den ausländischen Bruderparteien sehr lebhaft. Im September wurde ein gemeinsamer deutsch-englischer Aufruf veröffentlicht, der die Unterschriften der Mitglieder der sozialistischen Fraktionen des englischen Unterhauses und des Deutschen Reichstags trug. Der Aufruf richtete sich gegen die Kriegshetzer und Rüstungstreiber diesseits und jenseits des Kanals und betonte den unerschütterlichen Friedenswillen der Arbeiterklasse der beiden Kulturnationen. Die deutsch-englische Spannung trat stark in den Hintergrund, als sich die Ereignisse auf dem Balkan im Herbst schnell zuspitzten. Als sicher schien, daß die Orientwirren zu einer kriegerischen Lösung führten, beantragte der Parteivorstand, daß das Internationale Sozialistische Bureau früher, als beabsichtigt war, zusammentreten sollte. Das Bureau tagte vom 28. bis 30. Oktober in Brüssel und erließ am 30. Oktober an die Arbeiter aller Länder ein Manifest gegen den Krieg. Das Internationale Sozialistische Bureau beschloß angesichts der internationalen Lage möglichst bald einen außerordentlichen Sozialistenkongreß einzuberufen. Der für 1913 in Wien geplante Inter-